

NETZ

বাংলাদেশ



Vertrieben und vergessen?

Rohingya zwischen Myanmar und Bangladesch

NETZ - Bangladesch Zeitschrift
Nr. 2, 42. Jahrgang, 29.12.2020

Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst.

IMPRESSUM

Herausgeber: NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V.
Moritz-Hensoldt-Str. 20 / 35576 Wetzlar
Telefon: 06441- 974630
Fax: 06441-9746329
E-Mail: zeitschrift@bangladesch.org
ISSN: 1619-6570

v.i.S.d.P.: Dirk Saam
Layout: Dani Lima
Druck: w3 print+medien
Redaktion: Anna Cijevski, Marie Luise Fischer, Kai Fritze, Niko Richter, Dirk Saam, Sven Wagner (Leitung und Gesamtkoordination), Linda Wallbott.

Titelbild: UN Women Gallery/ licensed under CC BY-NC-ND 2.0

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Geschlechtergerechte Sprache: Die Autor*innen und interviewten Personen entscheiden, in welcher Form ihr Beitrag veröffentlicht wird.

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: 20 € / Einzelexemplar: 5 €.



Thema:
Rohingya auf der Flucht

Spielball Myanmars und der Anrainergroßmächte
Ursachen für die Verfolgung und Vertreibung der Rohingya

Von Dirk Saam



4

„Es muss lokal gedacht werden, um die Probleme anzugehen“
Zur Lage geflüchteter Rohingya im Südosten Bangladeschs

Im Interview: Meghna Guhatakurta

13

Die ewige Flucht
Was die Verteilung aus Myanmar bedeuten kann

Von Sven Wagner

18

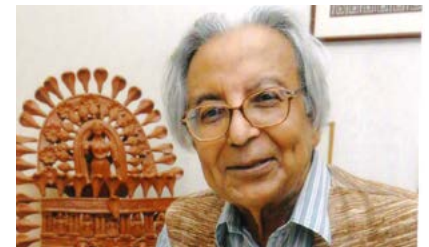
Kultur

Heimatklänge fernab von zuhause
Über die Musikkultur der Rohingya im Exil

22

Weitgereister Dichter und Brückenbauer
Trauer um Alokaranja Dasgupta

Von Max Stille



24

Politik und Gesellschaft

Nachrichten aus Bangladesch

Bangladesch im Corona-Jahr

26

NETZ aktiv

Meldungen aus der NETZ-Geschäftsstelle, Aktionen und Nachrichten.

27

Freiwilligendienste bei NETZ



28

NETZ-Mitgliederversammlung und Bangladesch-Tagung 2020.

30



Kai Fritze

Redaktionsmitglied

Liebe Leser*innen,

es bietet sich an, in das Thema dieser Zeitschrift mit Zahlen und Fakten einzuleiten: zum Beispiel, dass laut UNO-Flüchtlingshilfe Ende 2019 mit 79,5 Millionen Menschen mehr als ein Prozent der Weltbevölkerung auf der Flucht waren. Das entspricht in etwa der Einwohnerzahl Deutschlands. Oft werden solche Zahlen herangezogen, um zu verdeutlichen, dass Flucht und Migration zu den größten globalen Herausforderungen unserer Zeit gehören.

Dies birgt jedoch die Gefahr, zu vergessen, dass Zahlen nur abstrakte mathematische Objekte sind. Hinter jeder von ihnen stehen Menschen, die oft grausame und traumatisierende Schicksale erleiden mussten. Wie im Fall der eine Million Rohingya, die seit August 2017 aus dem myanmari-schen Teilstaat Rakhine auf grausamste Art vertrieben wurden und die seither in Bangladesch Schutz suchen.

Von „Vertreibung“ zu sprechen ist in dieser Sache eigentlich ein Euphemismus. Nicht umsonst stellte der damalige Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Seid Raad al-Hussein, 2017 die Frage, ob noch irgendjemand bestreiten könne, dass die Attacken gegen die Rohingya in Myanmar Elemente eines Genozids aufwiesen. Je nach Quelle hat das myanmari-sche Militär seit Mitte 2017 zwischen 10.000 und über 40.000 Rohingya umgebracht, unzählige Frauen vergewaltigt und ganze Dörfer niedergebrannt.

Viele derjenigen, denen die Flucht nach Bangladesch geglückt ist, haben Familienmitglieder, ihre Nachbarn und Freunde verloren oder wurden auf der Flucht von ihren Familienmitgliedern getrennt. Inzwischen leben sie seit Jahren unter teils prekären Bedingungen im weltweit größten Camp für geflüchtete Menschen – ohne Perspektive, weder auf eine Rückkehr in die Heimat, noch auf die Integration in das Land, in das sie geflüchtet sind. Die gegenwärtige Corona-Pandemie sorgt gleichzeitig dafür, dass diese humanitäre Katastrophe im Südosten Bangladeschs aus dem Blickfeld der Weltöffentlichkeit geraten ist.

Al-Hussein konstatierte auf einer Sondersitzung des UN-Menschenrechtsrats in Genf 2017, dass die Rohingya „entmenschlicht“ würden. Diese Ausgabe der Bangladesch-Zeitschrift informiert Sie umfassend über die Ursachen und Hintergründe des Rohingya-Konflikts. Wir hoffen dabei unserem eigenen Anspruch gerecht zu werden, bei allen berechtigten Analysen von Konfliktursachen und Diskussionen von Fluchtstatistiken nicht die Menschen hinter den Zahlen zu vergessen.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Kai Fritze

Kai Fritze

Spielball Myanmar und der Anrainergroßmächte

Ursachen für die Verfolgung und Vertreibung der Rohingya und Konfliktpotenziale

Text: Dirk Saam

Fotos: Noor Ahmed Gelal

*Über 720.000 Rohingya flohen seit August 2017 vor den gewaltsamen Aktionen der Militärs Myanmar und lokaler Milizen aus dem Teilstaat Rakhine im Südwesten Myanmar über die Grenze nach Bangladesch, wo binnen Wochen das größte Geflüchteten-Camp der Welt entstand. Fragt man nach den Gründen für die gewaltsame Vertreibung, erschöpfen sich Erklärungen häufig darin, auf einen ethnisch-religiösen Konflikt zwischen der mehrheitlich muslimischen Minderheit der Rohingya und Vertreter*innen der buddhistischen Mehrheitsgesellschaft in Myanmar zu verweisen. Dabei zeigt sich in der Auseinandersetzung mit dem Konflikt eine zweite abweichende Lesart, die wirtschaftliche und geopolitische Interessen Myanmar sowie regionaler und internationaler Akteur*innen als entscheidende Ursachen für die Vertreibung der Rohingya identifiziert. Um beiden Perspektiven gerecht zu werden, beginnt dieser Beitrag mit einer Darstellung der Verknüpfung der kulturellen Dimension des Konflikts mit dem historischen Kontext. Im zweiten Teil behandelt er die wirtschaftlichen und geopolitischen Dimensionen des Konfliktes.*

Koloniales Erbe als Konfliktursache

Die britische Kolonialherrschaft im damaligen Birma (1824-1948) gilt als eine wichtige Einflussgröße auf die heute sichtbaren Konfliktlinien in Rakhine, zum Beispiel durch Eingriffe in die Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen des Landes. ^{*(siehe 12)} Von 1824 bis 1826 führten die Briten einen Krieg gegen das damalige Königreich, der mit der Annektierung der Region des heutigen Rakhine durch Britisch-Indien endete. In den folgenden Jahrzehnten unterwarfen die Briten das ganze Land und schlugen es ihrem Kolonialgebiet auf dem indischen Subkontinent zu. Entscheidend für die Situation der Rohingya heute sind die wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Umwälzungen, die damit einhergingen. Mit den Kolonialherren kam das Christentum in das mehrheitlich buddhistisch geprägte Birma; es kamen aber auch nicht-buddhistische „Gastarbeiter*innen“ aus dem in-

dischen Subkontinent: Bankiers und Kaufleute, die führende Positionen in der birmesischen Wirtschaft übernahmen; Beamte*innen und Büroangestellte, die zahlreiche Posten in der Verwaltung besetzten; Landarbeiter*innen, die man für die Bestellung der Reisfelder brauchte.

Im Distrikt Akyab zum Beispiel (dem heutigen Sittwe in Rakhine) verdreifachte sich die muslimische Bevölkerung von 1871 bis 1911, während die Bevölkerung von Rakhine nur um knapp ein Fünftel wuchs. Die Einwanderung nach Birma erreichte 1927 einen Höchststand von 480.000, ein Anteil von knapp 4 Prozent der Gesamtbevölkerung von 13 Millionen. Ein Großteil der mehrheitlich muslimischen Rohingya stammt vermutlich von den Arbeitsmigrant*innen ab, die zu dieser Zeit in der Region angesiedelt wurden. Gleichwohl werden sie von der Regierung Myanmar heute noch als „Einwanderer*innen“ bezeichnet – eine doppelte Paradoxie ange-

sichts der viele Generationen, die seither hier lebten sowie der Tatsache, dass die Umsiedlung nicht zwischen zwei Staaten sondern von einem Bezirk des britischen Kolonialreiches in einen anderen vollzogen wurde.

Andererseits verdeutlicht diese Bezeichnung eine empfundene Überfremdung, die wiederum die Verbreitung xenophoben Gedankenguts begünstigte, das in einen rassistisch gefärbten, ökonomischen Nationalismus mündete, der bis heute andauert. Beispiele dafür sind die anti-indischen und anti-muslimischen Bewegungen der 1920er und 1930er Jahre. Diese Bewegungen brachten anti-muslimische Milizen hervor, die 1942 im Zuge der britischen Niederlage gegen das einmarschierende Japan im heutigen Rakhine Angriffe auf Muslim*innen verübten. Im Kampf gegen die japanischen Truppen bewaffneten die Briten die Rohingya und zwangen sie, an ihrer Seite zu kämpfen. Im Verbund mit der britischen Kolonialmacht eroberten die Rohing-



Schon seit Jahrzehnten fliehen Rohingya immer wieder vor Gewalt in ihrer Heimat Myanmar in das benachbarte Bangladesch. Die Route geht oft entlang der Grenzregion am Golf von Bengalen.

ya Rakhine zurück, verursachten dabei allerdings viel Leid unter der buddhistischen Bevölkerung, so dass das Feindbild „Rohingya“ weiter gestärkt wurde. Nach dem Abzug der Briten fürchteten die Rohingya im postkolonialen Birma Vergeltungsaktionen und kämpften für eine Angliederung des nördlichen Rakhine an das damalige Ostpakistan, das heutige Bangladesch. Bis in die 1950er Jahre bekämpfte die birmesische Armee diesen Aufstand.

Als Erbe der kolonialen Fremdherrschaft und des zweiten Weltkrieges wurden Muslim*innen, die in Birma geblieben waren oder zu späteren Zeitpunkten sukzessive nach Rakhine zurück-

kehrten, von der buddhistischen Mehrheitsgesellschaft und dem Staat als illegale bengalische Immigrant*innen betrachtet und mit Ablehnung und Ausgrenzung gestraft.

Im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts diente diese durch den Kolonialismus bedingte Migration zur Legitimation eines birmesischen ökonomischen Nationalismus. Einer angeblichen Überfremdung setzten birmesische Regierungen den Traum von einem ethnisch gereinigten und religiös im Buddhismus geeinten Birma entgegen. Die Politik der „Birmanisierung“ fand ihren Niederschlag unter anderem in strukturellen Verän-

derungen der durch ausländische Akteur*innen dominierten Wirtschaft, so dass beispielsweise ab 1962 zwischen 125.000 und 300.000 Inder das Land verlassen mussten. Außerdem führte sie zu repressiven Gesetzgebungen, die Staatsbürgerschaft und Ethnizität verknüpften und die Rohingya ab den 1980er Jahren de facto zu Staatenlosen machten und die „Bewegung 969“ etablierte sich, die nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, zum Boykott muslimischer Geschäfte und Produkte aufrief.

Der Verlust der Souveränität und die gesteuerte Einwanderung mehrheitlich muslimischer Bevölkerungsgruppen hinterließen



Quasi aus dem Nichts ist in Kutupalong ein riesiges Siedlungsgebiet der Rohingya entstanden.

traumatische Spuren im kollektiven Bewusstsein der Mehrheitsgesellschaft. Diese Spuren können als Treiber für das Bestreben angesehen werden, birmesischen Nationalismus und Buddhismus als dominante Elemente eines postkolonialen Staates zu begreifen und ethnische und religiöse Minderheiten zu stigmatisieren und zu verfolgen. Heute äußert sich dies in Myanmar weiterhin in einer weit verbreiteten Sichtweise, die Religion und Kultur der Mehrheitsbevölkerung sei durch Muslim*innen bedroht und könne nur durch rigorose Gegenmaßnahmen geschützt werden. Dass in Myanmar nur rund drei Prozent der Bevölkerung Muslim*innen sind, spielt dabei scheinbar keine Rolle. Das Narrativ der Bedrohung wird von der myanmarischen Regierung, dem Militär sowie Religions- und Bildungsinstitutionen seit Jahrzehnten bedient.

Landnahme und Geopolitik als Konfliktursachen

Die Vertreibung der Rohingya in den vergangenen Jahrzehnten (große Fluchtbewegungen gab es u.a. bereits 1978 und 1991) ausschließlich mit ethnisch-religiös bedingten Konflikten zu erklären, wäre allerdings zu kurz gegriffen. Vielmehr muss ihre Vertreibung – wie auch Myanmars Konflikte mit anderen Minderheiten im Nordosten des Landes – im Zusammenhang mit Myanmars Bestreben nach wirtschaftlichem Wachstum, auch durch Kooperationen mit regionalen Handelspartner*innen und steigenden ausländischen Direktinvestitionen, und der damit einhergehenden Ausbeutung natürlicher Ressourcen gesehen werden. Hierdurch kommt es zu-

Burma, Birma, Myanmar

Mit dem Gesetz zur Anpassung von Bezeichnungen vom 18. Juni 1989 hat das Militärregime eine umfassende Umbenennung für den Landesnamen wie auch für weitere Bezeichnungen beschlossen. Daraufhin entzündete sich eine Kontroverse um den Umgang mit dem neuen offiziellen Landesnamen. „Myanmar“ und die bis dahin geltenden Landesnamen „Burma“ bzw. im deutschen „Birma“ sind seither mit einer bestimmten politischen Haltung verknüpft. Da die gesetzliche Namensänderung ohne öffentliche Konsultation erfolgte, wurde sie von vielen nicht angenommen. Offiziell wurde die Namensänderung damit begründet, dass man sich des von den Briten geprägten Namens „Burma“ aus der Kolonialzeit entledigen wollte. Nach der Lesart des Militärs würde die neue Bezeichnung „Myanmar“ auch alle Ethnien des Landes, nicht nur die Mehrheitsbevölkerung der Bamar, einbezie-

hen. Oppositionelle, ethnische Gruppen im Land sowie mehrere westliche Länder hielten jedoch an „Burma“ bzw. äquivalenten Bezeichnungen in anderen Sprachen fest und drückten damit ihre Nichtanerkennung des Militärregimes aus. Die UN, die EU, Deutschland und einige andere Länder übernahmen den neuen Namen „Myanmar“. Seit Beginn der Reformpolitik wird der neue Name offiziell von immer mehr Ländern verwendet. Burma wie auch Myanmar sind Transkriptionen aus dem Birmanischen ins Englische. „Myanma“ ist die hochsprachliche Form, „Bama“ wird von den Menschen als umgangssprachlicher Ausdruck für ihr Land benutzt. Die Briten orientierten sich am „Bama“ und nannten das Land „Burma“ (Union of Burma). Das Wort „Birma“ im Deutschen wurde aus dem Englischen abgeleitet. Ebenso das Wort „Myanmar“.

Quelle: Burma-Initiative

nehmend zu Landrechtsverletzungen und der Vertreibung der lokalen Bevölkerung, unter anderem im strategisch wichtigen Küstenstaat Rakhine.

Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen für zunehmende Landnahme

Weltweit sind die vergangenen 20 Jahre gekennzeichnet durch einen massiven Anstieg von Landaneignung zur kommerziellen Nutzung durch private und staatliche Unternehmen. Häufig verläuft diese Landnahme ohne Beteiligung oder Widerspruchsrecht der betroffenen lokalen Be-

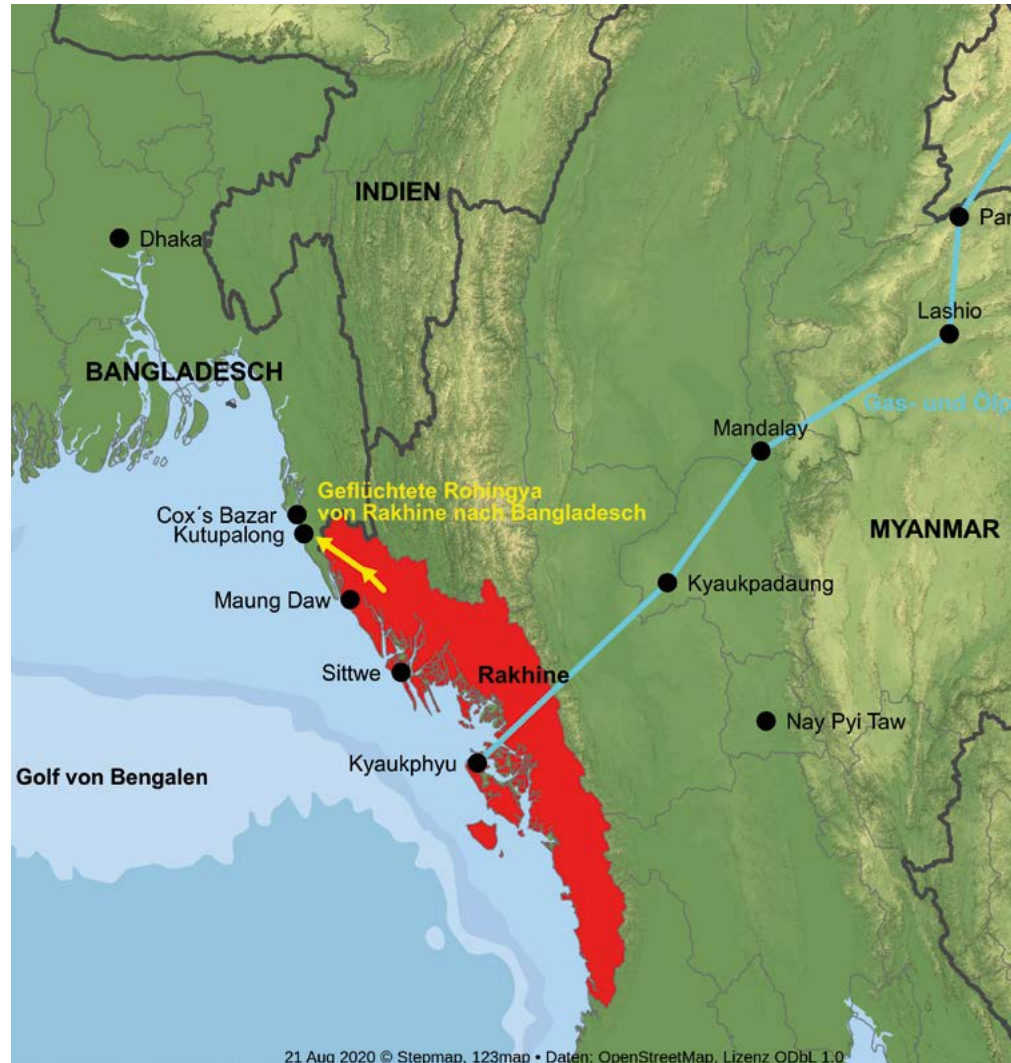
völkerung oder Kompensation und geht mit Gewalt einher. Auch in Myanmar verloren – vor allem seit den 1990er Jahren – kleinbäuerliche Betriebe einen Großteil ihres Landbesitzes. Begünstigt wurde dies durch eine Gesetzesnovelle im Jahr 2012, das großflächige Aneignung von Land durch private und staatliche Unternehmen ermöglicht. Laut der Nichtregierungsorganisation Forest Trends hat die Umverteilung von Land zugunsten des Baus von Infrastruktur- und Großprojekten zwischen 2010 und 2013 um 170 Prozent zugenommen. Von Landnahme waren in den vergangenen

Jahren aber nicht nur Rohingya betroffen, sondern auch buddhistische kleinbäuerliche Betriebe. An ihrer Stelle sind unter anderem Großprojekte zur Gewinnung von Bauholz und für den Bergbau entstanden.

Seit 2012 ermöglichen es zudem neue Gesetze ausländischen Investor*innen, Projekte in Myanmar mit 100 Prozent Eigenkapital zu finanzieren und Land für bis zu 70 Jahre zu pachten. Gleichzeitig wurden formale Vorgaben geschaffen, die Kleinbäuer*innen den Zugang zu Land erschweren. Seit den Gesetzesänderungen haben ausländische Direktinvestitionen denn auch massiv zugenommen, vor allem im Rohstoff- und Energiesektor. Allein in den Gebieten, in denen Rohingya leben, sind laut Forschungsinstitutionen seit 2012 1,2 Millionen Hektar umverteilt worden. 2012 begannen auch gezielte Aktivitäten zur Vertreibung der Rohingya durch politische Parteien in Rakhine und extremistische buddhistische Bewegungen. Laut den Vereinten Nationen kamen dabei rund 200 Menschen ums Leben, über 140.000 Rohingya flohen unter anderem nach Bangladesch.

Ressourcen-Akquise zur Durchsetzung wirtschafts- und geopolitischer Interessen

Politischen Analyst*innen zufolge ist Myanmar in der komfortablen Position, mit China und Indien zwei Kooperationspartner*innen zu haben, die zur Gruppe der so genannten „aufstrebenden Volkswirtschaften“ gehören. Myanmar verspricht sich durch wachsende Auslandsinvestitionen eine Modernisierung der eigenen maroden Infrastruktur. Für China ist Myanmar ein wichtiger Partner bei der Umsetzung der Belt and Road-Initiative (BRI), die seit



Auf der Flucht waren viele
Die Karte zeigt den Verlauf

ingya mitten durch den Dschungel unterwegs, die
Pipelines von China über Myanmar bis in den Golf

2013 die Interessen und Ziele Chinas zum Auf- und Ausbau interkontinentaler Handels- und Infrastrukturnetze zwischen China und über 60 Ländern Afrikas, Asiens und Europas bündelt. Umgangssprachlich wird das Vorhaben auch „Neue Seidenstraße“ genannt.

Die BRI umfasst Handelsrouten über Land und südlich gelegener Seewege. Das Gesamtprojekt betrifft nach Schätzungen mehr als 60 Prozent der Weltbevölkerung, zirka 35 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts und 75 Prozent der bekannten Energiereserven. Wesentliche Bestandteile des Landwegs sind sechs interna-

tionale, an ökonomischen Gesichtspunkten orientierte Kooperationskorridore, die schrittweise entwickelt werden sollen. Zu den Handelsrouten gehört auch der China-Bangladesch-Indien-Myanmar-Korridor.

Die BRI – und ihre strategischen Vorläufer – verschafft auch Rakhine neue geopolitische Relevanz. Zwischen 2010 und 2015 baute China in Kooperation mit der staatlichen Energieagentur Myanmars eine Öl- und eine Gas-Pipeline, die den Hafen Kyaukphyu in Rakhine mit Kunming verbindet, der Hauptstadt der südwestchinesischen Provinz Yunnan. Durch die Pipelines be-



oft nur zu Fuß mit hilfsbedürftigen Familienmitgl
 olf von Bengalen, die im Zuge der BRI entstan

ern.
 ..

steht die Möglichkeit, jährlich unter anderem 22 Millionen Fass Öl aus den Golfstaaten und Afrika nach China zu leiten; das entspricht rund sechs Prozent der Ölimporte Chinas. Bereits 2011 unterzeichnete das saudi-arabische Staatsunternehmen Aracom eine Absichtserklärung mit China, in der es sich bereit erklärte, täglich 200.000 Fass Öl durch die Pipeline zu leiten. Der Bau der Pipelines kann als Versuch Chinas begriffen werden, sich von solchen Öl- und Gasimporten unabhängig zu machen, die durch die Meerenge von Malakka geliefert werden, und hierdurch einen strategischen Vorteil gegenüber

anderen Ländern zu erlangen, die im Konfliktfall versuchen könnten, die Meerenge von Malakka zu sperren. Mit dem Bau der Pipelines gehen auch chinesische Investitionen beim Ausbau Kyaukphyus zu einem Tiefseehafen sowie der Küstenregion Rakhines zu Sonderwirtschaftszonen einher. So könnte China Waren aus Europa, dem Nahen Osten, Afrika und Indien nach Kyaukphyu verschiffen und über den Landweg nach China transportieren – ein kürzerer und politisch weniger sensibler Weg, als der über die Meerenge von Malakka. Chinas staatseigenes Finanz- und Investmentun-

ternehmen CITIC (China International Trust and Investment Corporation) ist zuständig für die Bauvorhaben in Rakhine und wird die Anlagen in den kommenden 50 Jahren betreiben. Zudem unterschrieben Myanmar und China im Dezember 2017 Vereinbarungen zur Einführung eines gemeinsamen Wirtschaftskorridors (China Myanmar Economic Corridors, CMEC), wodurch auch weitere Infrastrukturprojekte wie Straßen- und Schienenausbau begünstigt werden dürften. Bauarbeiten an der Bahntrasse von Kunming in China zur Grenze Myanmars sowie eine im März 2018 in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie zum Bau einer Eisenbahntrasse von Mandalay in Myanmar an die Grenze zu China und einer Schnellstraße von der Hauptstadt Naypyidaw nach Kyaukphyu lassen diese Vermutung zu.

Hinzu kommen geopolitische Interessen Chinas. Im Zuge der Fokussierung auf den indo-pazifischen Raum kündigten die USA Mitte 2018 an, eine Reihe von Investitionsvorhaben in der Region umzusetzen. Diese umfassen die Bereiche Digitalwirtschaft, Energie und Infrastruktur. Chinas diverse Vorhaben (BRI, CMEC) haben sicherlich zum Ziel, die US-amerikanische Einflussosphäre in der Region einzudämmen. Bisher nicht zu verifizieren sind Befürchtungen der USA und Indiens, dass der Tiefseehafen in Kyaukphyu auch dazu dienen könne, chinesische U-Boote zu stationieren und den militärischen Einfluss in der Region zu verändern.

All diese Aspekte verdeutlichen die Relevanz des von den Rohingya bewohnten Rakhines für China und Myanmar. Laut dem European Rohingya Council (ERC),

einer in Dänemark gegründeten Menschenrechtsorganisation, sind bereits 2012 in und um Kyaukphyu Rohingya vertrieben und über 800 Häuser niedergebrannt wurden, um für die Sonderwirtschaftszonen Platz zu schaffen, die Jahre später errichtet wurden. Laut Human Rights Watch sind 2012 Rohingya und muslimische Gemeinden auch in anderen Regionen Rakhines überfallen und vertrieben worden, unter anderem in dem an Bangladesch grenzenden Kreis Maung Daw. Hier hatte die Regierung Myanmars im Mai 2018 mit der Landesregierung in Rakhine und einem myanmarischen Wirtschaftsunternehmen eine Absichtserklärung unterschrieben, um die Einführung der Maung Daw Sonderwirtschaftszone voran zu treiben. Ziel dieser Zone ist eine verbesserte wirtschaftliche Kooperation mit Bangladesch. Die Gegend um Maung Daw gehört zu den Gebieten, aus denen seit August 2017 Rohingya in großer Zahl nach Bangladesch flohen.

Chinas Aktivitäten im Rahmen der BRI beinhalten auch die Einführung eines Wirtschaftskorridors mit Pakistan. Dieser besteht aus einer Anzahl von Projekten, die eine Entwicklung und Verbesserung der pakistanischen Transport- und Energie-Infrastruktur sowie eine intensivere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen China und Pakistan zum Ziel haben. Der Korridor verbindet China mit der pakistanischen Hafenstadt Gwadar und verläuft durch Gebiete, die zwischen Pakistan und Indien umstritten sind. Zudem hat China erst vor kurzem ein 30 Milliarden Dollar umfassendes Investitionspaket für Bangladesch geschnürt. Chinas Vorhaben in Pakistan,

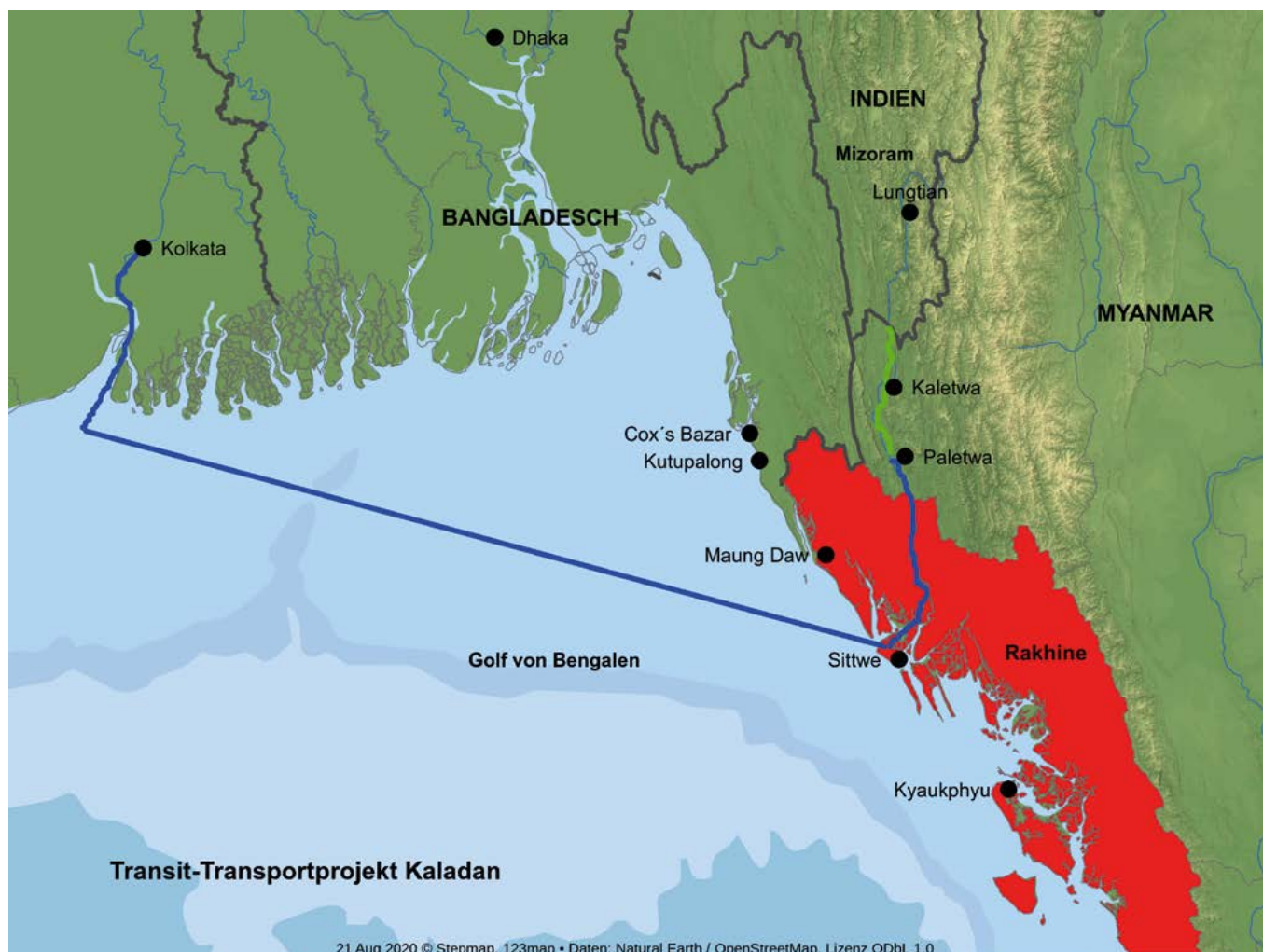
Bangladesch und in Myanmar werden von Indien als Einkesselung empfunden; dies hat wiederum Auswirkungen auf Indiens Interessen in Rakhine. Und somit auf die Rohingya.

Chinas Vorhaben setzen Indien Grenzen, eine politische und wirtschaftliche Vormachtstellung in der Region zu etablieren. Daher begreift es Indien als relevant, ein Gegengewicht gegenüber Chinas wachsendem Einfluss zu schaffen. Die gegenwärtige und stark verspätete Umsetzung des Transit-Transportprojektes Kaladan, das den östlichen indischen Seehafen von Kolkata mit dem Seehafen Sittwe in Rakhine verbindet, wird als solch ein Gegengewicht verstanden. Im Rahmen des Projektes wird zudem Sittwe durch den Bau und Ausbau von Straßen und Wasserwegen mit dem nordostindischen Bundestaat Mizoram verbunden. Auch von diesen



Auf der Flucht; und dabei oft schutzlos vor Unwetter.

Vorhaben ist die lokale Bevölkerung in Rakhine und zuvorderst die Rohingya betroffen. Bereits im Jahr 2009 - als die Pläne des Projektes publik wurden - wies die NGO Arakan Rivers Network in einer detaillierten Studie auf die ökologischen und sozialen Verwerfungen des Vorhabens hin. Vermutlich liegt es allerdings nicht im Interesse Chinas oder Indiens, dass infrastrukturelle Großinvestitionen in Myanmar von der Weltöffentlichkeit mit Gewalt und Vertreibungen in Verbindung gebracht werden, die - im Falle der Rohingya - von den Vereinten Nationen 2017 als „ethnische Säuberungen“ bezeichnet wurden. Es scheint vielmehr Chinas Anliegen zu sein, Stabilität entlang der Handelsrouten der BRI zu gewährleisten, um somit die eigene Wirtschaftskraft und Position als Global Player zu stärken. So ist China seit 2017 schließlich als Mediator zwischen Bangladesch und Myanmar aufgetreten, um Lösungen beim Umgang mit den geflüchteten Rohingya zu finden. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob China als unabhängige Vermittler*in auftreten kann, wenn zum einen eigene wirtschaftliche und geopolitische Interessen in Rakhine auf dem Spiel stehen - die wiederum selbst als Konflikt- und Vertreibungsursache verstanden werden können - und China zum anderen UN-Resolutionen gegen Myanmar verwässert hat. Schließlich kann hinterfragt werden, ob entsprechende wirtschaftlichen Interessen der beteiligten Akteur*innen die Umsetzung eines funktionierenden Rückführungsabkommens behindern. Welche Strategie Bangladesch als aufnehmendes Land verfolgt, ist hingegen unklar. Grundsätzlich ist Dhaka daran gelegen, die



Rohingya zurück zu führen. Der chinesische Präsident Xi Jinping besuchte 2016 Bangladesch persönlich, um das Land in die BRI aufzunehmen, und die beiden Länder unterzeichneten 21 Abkommen im Wert von 21,5 Milliarden US-Dollar, 15 Abkommen und Absichtserklärungen und 12 Vereinbarungen über Darlehen und gegenseitige Zusammenarbeit. Das Investitionspaket für Infrastruktur-, Wasserversorgungs- und Energieprojekte, dessen Umfang bis zum Jahr 2021 vermutlich mehr als 30 Milliarden Dollar umfassen wird, ist für Bangladesch sehr wichtig, wie durch die Notfall-Finanzierung beim Bau der Padma-Brücke nach dem Ausscheiden der Weltbank deutlich wurde. Politische Analyst*innen haben bereits

auf die vielfältigen wirtschaftlichen Aktivitäten Chinas und deren mögliche Auswirkungen auf politische Entscheidungsprozesse in Bangladesch aufmerksam gemacht.

Nicht nur die Anrainerstaaten tragen Verantwortung

Um eines zu verdeutlichen: Wir haben gesehen, dass der sogenannte Rohingya-Konflikt ein Konfliktkontext in Myanmar ist, der seit Jahrzehnten angeheizt und sorgsam bewahrt wird. Wir haben gesehen, dass, obwohl sich der Rohingya-Konflikt immer als eine besondere Form des innergesellschaftlichen Stigmatisierung herausstellte, interne Konflikte mit anderen exkludierten Bevölkerungsgruppen gang und gäbe waren. Wir wis-

sen, dass das Militär in der ehemaligen Militärdiktatur eine beständig starke Position innehat und für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich zeichnet. Wir haben gesehen, dass Enteignung und Landnahme in Myanmar seit Jahrzehnten gängige Praxis sind. Diese Umstände waren in der Vergangenheit kein Hindernis für die Verfolgung der wirtschafts- und geopolitischen Interessen der Anrainerstaaten Myanmars. Allerdings sind genannte Umstände mit den Verfassungen der Herkunftsländer der meisten ausländischen Investoren in Myanmar unvereinbar. Der Vollständigkeit halber muss entsprechend erwähnt werden, dass die Verwirklichung grundlegender Menschenrechte für kaum ein Unternehmen, das in Myanmar

investiert und mit Myanmar Handel treibt, ob aus Asien oder dem euro-atlantischen Raum, in der Vergangenheit von Belang war. Dasselbe gilt für die wechselnden Regierungen ihrer Herkunftsländer, die zwar Sanktionen gegen Myanmar verhängten, diese aber beabsichtigt zahnlos waren, um eigene außenwirtschaftliche Interessen nicht zu gefährden. Im Gegensatz zu China wird die Außenhandels- und Entwicklungspolitik vieler OECD-Länder als moralischer Kompass (selbst-) zertifiziert. Das Beispiel Myanmar zeigt exemplarisch, dass ökonomische Interessen demokratische Prinzipien unterwandern können.

Konfliktpotenzial zwischen Rohingya und aufnehmenden Gesellschaften in Bangladesch

Gegenwärtig fokussieren die Maßnahmen zur Unterstützung der Rohingya in Bangladesch die Versorgung in den Geflüchteten-Camps. Mittel- und langfristig sollte aber nicht nur die angemessene Versorgung der Rohingya sichergestellt sein, sondern sind auch die Integrationsmöglichkeiten in Bangladesch und Drittstaaten sowie die Gewährleistung von Garantien seitens Myanmar im Rahmen einer möglichen Rückkehr der geflüchteten Menschen auszuloten. Auf der anderen Seite wächst ein Konfliktpotenzial, das zwischen den aufnehmenden Gemeinschaften in Bangladesch und den geflüchteten Rohingya zunehmend sichtbar wird: Dienstleistungsangebote und Nahrungsmittel sind in den Camps trotz humanitärer Hilfsleistungen nur unzureichend vorhanden. Rohingya, die in den Geflüchteten-Camps im Südosten Bangladesch leben, dürfen diese ohne Erlaubnis nicht verlas-

sen und keine Arbeit annehmen. Daher sind sie zur Schwarzarbeit oder Illegalität gezwungen, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Dies trägt dazu bei, dass sich zunehmend rassistische Stereotype gegenüber den Rohingya verbreiten und Eingang in den öffentlichen Diskurs finden. Stigmatisierung, Kriminalisierung und Angriffe sind die Folge.

Studien zu Besiedlungs- und Beschäftigungsmustern von Rohingya, die außerhalb der Camps leben, zeigen auf, dass neu ankommende Rohingya Unterkunft und Zugang zum lokalen Arbeitsmarkt durch Netzwerke erlangen, die bereits durch Migrationsbewegungen von Myanmar nach Bangladesch seit den 1970er Jahren bestehen. Dies betrifft unter anderem die Gegenden um Cox's Bazar und Chittagong sowie die Chittagong Hill Tracts (CHT). Andererseits profitieren lokale Eliten von den Rohingya, indem sie deren Status als nicht-registrierte Geflüchtete für niedrigentlohnte und prekäre Arbeitsverhältnisse ausnutzen. Hieraus ergibt sich weiteres Konfliktpotential, da die Rohingya zunehmend im Wettbewerb mit der lokalen ärmeren Bevölkerung stehen, die ebenfalls auf prekäre Arbeitsplätze angewiesen ist. Diese Konstellation führt zunehmend zu Auseinandersetzungen zwischen den aufnehmenden Gemeinschaften und den außerhalb der Camps lebenden Rohingya.

Zudem schürt das weit verbreitete Narrativ, die Geschehnisse in Rakhine seien ein ausschließlich religiöser Konflikt zwischen mehrheitlich muslimischen Rohingya und der als Täter*innen wahrgenommenen buddhistischen Mehrheitsbevölkerung in Myanmar, Vorurteile und Stereotype gegenüber den

in den CHT lebenden indigenen Gruppen. Darunter sind sowohl Buddhist*innen als auch Hindus und Christ*innen. Dies zeigt sich in einem seit einigen Monaten zu verzeichnenden massiven Anstieg an verbaler und physischer Gewalt gegen indigene Gruppen in den CHT. Aufgrund der seit Jahrzehnten ohnehin fortwährenden Exklusion und Diskriminierung indigener Gruppen in den an Rakhine angrenzenden CHT drohen all diese Entwicklungen, den sozialen Zusammenhalt in der Region noch weiter zu gefährden. Für künftige Konfliktanalysen ist es in diesem Zusammenhang besonders wichtig, Sichtweisen der indigenen Gruppen in den CHT und weiterer aufnehmender Gemeinschaften und deren Umgang mit den Rohingya zu berücksichtigen.

**Die Beziehungen des Teilstaates Rakhine zu Migration und zur Präsenz von Gruppen unterschiedlichen Glaubens sowie Spannungen zwischen diesen Gruppen sind historisch tief verwoben. Im folgenden wird auf die Kolonialzeit rekurriert, Migration und damit verbundene Konflikte fanden jedoch bereits in Rakhines vorkolonialer Zeit statt.*



Der Autor ist Leiter Politischer Dialog bei NETZ

„Es muss lokal gedacht werden, um die Probleme anzugehen“

Über die Lage der geflüchteten Rohingya im Süden Bangladeschs

Meghna Guhathakurta ist Geschäftsführerin der Nichtregierungsorganisation Research Initiatives, Bangladesh. Sie ist regelmäßig vor Ort in den Camps der geflüchteten Rohingya im Süden Bangladeschs, sie spricht mit Betroffenen und beobachtet die internationalen Entwicklungen. Im Interview mit NETZ spricht sie über die Flucht der Rohingya nach Bangladesch sowie über die Ursachen des Konflikts in Myanmar und die aktuelle Situation.

Seit August 2017 sind mehr als 740.000 Rohingya aus Myanmar über die Grenze nach Bangladesch geflohen. Es wird geschätzt, dass heute mehr als eine Million Rohingya in Bangladesch leben – innerhalb und außerhalb von Geflüchteten-camps. Was sind die Hauptgründe dafür?

Meghna Guhathakurta: Schon seit 2016 kamen Menschen vermehrt über die Grenze, doch seit dem 25. August 2017 gab es einen massiven Anstieg. Zu jener Zeit war ich Mitglied der nationalen Menschenrechtskommission in Bangladesch und besuchte regelmäßig die Camps in und um Cox's Bazar im Süden Bangladeschs. Wir haben vor Ort Betroffene befragt. Viele Geflüchtete haben nach ihrer Ankunft berichtet, dass es in Myanmar massive Angriffe gegen sie gegeben hat. Sie sprachen von Gräueltaten – Häuser wurden in Brand gesetzt, dabei kamen Menschen ums Leben, Frauen wurden vergewaltigt. Die Berichte lassen auf einen Genozid schließen. Dies hat mich an den Unabhängigkeitskrieg in Bangladesch 1971 erinnert.

Warum?

Guhathakurta: Auch damals mussten Menschen unter anderem vor ethnisch motivierter Gewalt fliehen. Und nun wurde gezielt die mehrheitlich muslimische Minderheit der Rohingya angegriffen. Die Attacken richteten sich gegen muslimische Familien und deren religiöse Identität. Moscheen wurden zerstört, Menschen von der Religionsausübung abgehalten. Die Toten wurden verbrannt, anstatt sie wie im Islam üblich zu beerdigen.

Wer hat diese Taten verübt?

Guhathakurta: Den Zeugenaussagen zufolge waren es Angehörige des myanmarischen Militärs, mit Uniformen und Abzeichen. Die Betroffenen haben davon gesprochen, dass die Täter mit dem Hubschrauber kamen und dann ihre Häuser aufgesucht haben – auch dies deutet auf das Militär hin. Aber: Den Aussagen zufolge hatten einige der Täter ihre Gesichter verhüllt und waren nicht eindeutig zu erkennen. So ist nicht eindeutig zu klären, ob nicht auch weitere Personen und lokale Gruppen an den Angriffen beteiligt waren und das Militär unterstützt haben.



Foto: Sven Wagner

Ein Junge, unterwegs im Lager Kutupalong/Bangladesch. Schätzungen zufolge leben inzwischen über eine Million geflüchteter Rohingya dort.



Archivfoto: Kai Fritze

Forscht zur Lage der geflüchtete Rohingya: Meghna Guhatakurta, Geschäftsführerin der bangladeschischen Nicht-regierungsorganisation Research Initiatives, Bangladesh.

Welche Rolle spielt das Militär in Myanmar?

Guhatakurta: Auch wenn Myanmar sich inzwischen als Demokratie bezeichnet, hat das Militär nach wie vor enorme Macht. Es gibt etwa reservierte Parlamentssitze für Militärangehörige. Vor der massiven Welle der Gewalt ab dem 25. August 2017 gab es Angriffe auf einen myanmarischen Militärposten durch Rohingya-Kämpfer. Diese Rebellen haben damit wahrscheinlich ein Zeichen der Gegenwehr setzen wollen, da sie in Myanmar nicht als Staatsbürger anerkannt werden. Der Teilstaat Rakhine, in dem sie leben, ist zudem stark von Armut und Ausbeutung geprägt. Die staatliche Gesundheitsversorgung in der Region ist unzureichend. Der Angriff der Rohingya

war wohl ein Auslöser für die Militäraktion. Beides stand jedoch in keinem Verhältnis zueinander: Wegen einer kleinen Gruppe von Rebellen wurden über 700.000 Menschen vertrieben – das kann nicht nur eine Reaktion gewesen sein. Die Tiefe dieser Militäroperation deutet vielmehr darauf hin, dass das Ganze länger geplant und nicht nur ein Akt der Vergeltung war.

Welche Gründe sehen Sie dafür?

Guhathakurta: Es gibt verschiedene Interpretationen und Sichtweisen. Ein Faktor ist der ökonomische: Rakhine gilt als ölreiche Region, durch die eine Pipeline gebaut werden soll. Es gibt also viele, die ein Interesse an der Region haben, darunter Indien und China. Ein Bericht der Vereinten

Nationen zeigt, dass in der Region viel Militär in Bewegung ist und Armeeingehörige enge Beziehungen zu Geschäftsleuten unterhalten. Ein weiterer Faktor ist die Identitätspolitik. Rohingya werden im mehrheitlich buddhistischen Myanmar oftmals als „bengalische Minderheit“ bezeichnet, die nicht zu Myanmar gehöre. Entsprechend würden sie aus Sicht mancher nun dahin zurückgeschickt, wo sie eigentlich herkommen und hingehören. Doch es gibt auch in Myanmar eine Rohingya-Identität. Die Menschen leben dort seit drei, vier Generationen und verstehen sich als Bürger Myanmars.

Inzwischen leben über eine Million geflüchtete Rohingya in Bangladesch. Wie arrangieren sich die Menschen dort?

Guhathakurta: Jene, die seit Ende August 2017 kamen, waren tagelang zu Fuß unterwegs, haben Wälder und Flüsse durchquert und nicht gegessen. Zunächst konnten sie sich in bereits bestehenden Geflüchteten-camps registrieren lassen. Eine Infrastruktur war dort schon geschaffen durch Menschen, die bereits im Zuge früherer Gewaltwellen aus Myanmar gekommen waren. Viele der Geflüchteten haben Verwandte im Süden Bangladeschs und in der Grenzregion, die selbst seit Jahrzehnten ohne Aufenthaltsstatus dort leben und Gelegenheitsjobs haben. Diese Verwandten und die lokalen Gemeinschaften vor Ort waren die sogenannten Ersthelfer für die vielen Menschen, die in der Folge der Gewalt aus Myanmar kamen. Sie haben die Geflüchteten mit Essen versorgt und ihnen Unterkunft geboten, obwohl sie selbst nicht viel hatten. Sie haben die ankommenden Menschen in Häusern, auf der Veranda, in Schulen oder Krankenhäusern untergebracht und sie bekocht. Viele der Geflüchteten waren über diese Unterstützung glücklich, auch wenn sie darüber hinaus weitere Probleme hatten, wie ihre Gesundheitsversorgung und ihre eingeschränkte Mobilität. 2017 hat das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen die Initiative rund um die Geflüchteten-camps ergriffen und die Infrastruktur sukzessive gefestigt. Unterhalten werden die Camps von der Regierung – Agenturen der Vereinten Nationen, etwa die Internationale Organisation für Arbeit sowie zahlreiche Nichtregierungsorganisationen sind ebenfalls tätig und bieten Hilfe, angefangen von Sanitätsprogrammen über Nothilfe bis zu Lebensmittelkarten.

Welche Perspektiven haben sich für die Geflüchteten seitdem entwickelt?

Guhathakurta: Es gibt verschiedene Arbeitsmöglichkeiten. In der südlichen Küstenstadt Teknaf arbeiten viele Menschen in der Fischerei. Rohingya, also vor allem Männer und Jungen, können sich dort in der Saison verdingen und Geld für sich und ihre Familien verdienen. Es gibt in der Region auch Arbeit auf Salzfarmen oder im Handwerk. Aus der Lokalbevölkerung erhalten die Geflüchteten Unterstützung, um neue Fertigkeiten zu erlernen. Cox's Bazar selbst ist ein beliebter Urlaubsort. Dort entstehen viele neue Hotels und andere Gebäude. Entsprechend gibt es im Baugewerbe einen Bedarf an Arbeitskräften. Bauarbeiter aus Myanmar kommen seit längerem dorthin, um Geld zu verdienen. Bei den Frauen sieht es ganz anders aus. Eine Überlebensstrategie für alleinstehende Frauen sind Eheschließungen: Rohingya-Frauen heiraten in bengalische Familien aus Bangladesch ein, mitunter auch als Zweit- oder Drittfrau. So bekommen sie Papiere und einen offiziellen Status.

Gibt es auch Konflikte mit lokalen Gemeinschaften oder Ressentiments?

Guhathakurta: Es gibt Spannungen und Konflikte durch die Ankunft so vieler neuer Geflüchteter. Das sind einerseits Konflikte mit den lokalen Gemeinschaften, aber auch Konflikte mit Rohingya, die bereits vor Jahren nach Bangladesch kamen. Beide Gruppen sagen: Die gegenwärtige internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung komme allein den Rohingya zugute, die seit August 2017 nach Bangladesch kamen. Die aufnehmenden Gemeinshaf-

ten fühlen sich dabei außen vor. Das ist ein großes Problem: Die lokalen Gemeinschaften werden nicht als Ersthelfer anerkannt und ihre Unterstützung wird nicht honoriert. Zudem konkurrieren sie nun auf dem lokalen Arbeitsmarkt mit den neu angekommenen Geflüchteten; das große Angebot an Arbeitskräften übt einen enormen Druck auf Löhne und Gehälter aus. Ein weiteres Beispiel: Hilfsorganisationen geben in den Camps Gaszylinder zum Kochen an Rohingya aus. Auch aus Umweltschutzgründen, wie sie sagen, da dadurch weniger Holz verbrannt werden müsse. Viele verkaufen die Zylinder auf lokalen Märkten. Doch die Lokalbevölkerung, die hier traditionell Feuerholz sammelt und dieses verkauft, verliert dadurch ihre Einkommensmöglichkeit.

Was ist die Folge?

Guhathakurta: Es entwickelt sich durchaus Fremdenfeindlichkeit. Das wird von den Hilfsorganisationen, die Geflüchtete unterstützen, kaum beachtet. Die Rolle der lokalen Gemeinschaften wird nicht genügend anerkannt. Ihre Befürchtungen werden nicht ernst genommen, auch nicht von den Behörden. Und den lokalen Gemeinschaften fehlt zugleich das Wissen um die Rechte von Geflüchteten als Schutzsuchende. Mitunter haben aktuelle Entwicklungen sogar negative Folgen für die Lokalbevölkerung: Weil Geflüchtete versucht haben, illegal an bangladeschische Pässe zu kommen, hat die Regierung die Geburtenregistrierung zeitweilig gestoppt. So konnte niemand in der Region mehr seine Kinder registrieren lassen, was etwa notwendig ist, um diese auf eine Schule schicken zu können. Alles

in allem kann man die Beziehung zwischen den lokalen Gemeinschaften und den Geflüchteten als ambivalent bezeichnen: Sie haben größtenteils die gleiche Religion, sprechen denselben Dialekt und haben somit wichtige Gemeinsamkeiten und Sympathie füreinander. Doch mit der Zeit entstehen mehr und mehr Ressentiments. Die lokalen Medien haben ihren Anteil daran und die lokale Politik instrumentalisiert diese für ihre Interessen.

Welche Strategien gibt es, die Probleme zu überwinden? Welchen Beitrag leistet Ihre Organisation dazu?

Guhathakurta: Es muss lokal gedacht werden, um die Probleme anzugehen. Und es braucht Raum und Zeit, um die Probleme zu verstehen. Die verschiedenen Gruppen, lokale Gemeinschaften wie Rohingya, müssen die Konflikte erkennen, verstehen und selbst dazu beitragen können, sie zu lösen. Wir führen zunächst

getrennt Gespräche mit allen Akteursgruppen, um Konfliktursachen zu analysieren. Die lokalen Gemeinschaften fühlen sich schon wesentlich besser mit der Situation, wenn sie überhaupt gehört werden und darüber reden können. Es müssen Räume geschaffen werden, die zeigen, dass alle von Problemen betroffen sind: die Alteingesessenen und die Geflüchteten der letzten beiden Jahre. Alle Probleme müssen genauer erforscht und zu gegebener Zeit gemeinsam diskutiert werden.

Wie kann das konkret passieren?

Guhathakurta: Mediation ist die Hauptaufgabe. Wir formieren Gruppen innerhalb der Gemeinschaften, die sich regelmäßig treffen und diskutieren. Unsere Mediator*innen helfen dabei. Die Treffen haben keine vorgefertigte Agenda, damit zunächst alle Probleme offen auf den Tisch kommen. Anschließend werden diese

nach Gemeinsamkeiten sortiert. So ist es möglich, Schlüsse zu ziehen und zu priorisieren, wo zuerst gehandelt werden muss. Dieser partizipative Prozess stößt wichtige Diskussionen innerhalb der Gruppen an. Den Menschen wird nichts aufgedrückt, sie können frei entscheiden. Entsprechend unserer Möglichkeiten versuchen wir dann, weitere Hilfe zu vermitteln, etwa durch staatliche Stellen.

Inwieweit sind die Menschen in den Camps von Covid-19 betroffen?

Guharthakurta: Der letzte Stand Mitte November war, dass acht Rohingya an Covid-19 gestorben sind und circa 250 Menschen positiv getestet wurden. Dies entspricht nicht einmal einem Prozent der in den Camps lebenden Menschen. Viele der Rohingya wollen sich nicht freiwillig testen lassen, aus Angst, von ihren Familien getrennt zu werden, sollten sie sich mit dem Virus infi-



ziert haben. Außerdem berichten viele von respektlosem Verhalten des medizinischen Personals. Die Corona-bedingten Einschränkungen der letzten Monate hatten aber auch noch andere Folgen in den Camps. Viele Frauen berichten von vermehrten Fällen häuslicher Gewalt, weil ihre Männer viel mehr Zeit zu Hause verbringen müssen, ihre Verdienstmöglichkeiten sinken und dadurch der Druck, ihre Familien zu versorgen, steigt.

Welche Rolle kommt der Regierung Bangladeschs in dem so genannten Rohingya-Konflikt aktuell zu?

Guhathakurta: Sie hält sich insbesondere in Bezug auf Fragen der Rückführung und der Rückkehr von Geflüchteten zurück. Das liegt auch daran, dass diese Themen stark durch andere Länder beeinflusst werden, etwa China. Die Regierung steckt in einem diplomatischen Dilemma: Sie müsste Druck auf Myanmar aus-

üben, kann das aber nicht, weil sie zugleich um gute Beziehungen zum Nachbarland bemüht ist. Und es spielen weitere Staaten eine Rolle. Die Vereinigung der Süd- und Südostasiatischen Länder ASEAN ist in der Frage gespalten. Einige Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit wie Malaysia sind für eine Unterstützung der Rohingya, andere nicht. Singapur und Japan investieren ebenfalls in Myanmar. Wenn diese Länder in der Rohingya-Frage Druck auf das Land ausüben würden, könnte sich etwas bewegen. Aber im Abgleich mit anderen Interessen stehen Menschenrechtsfragen sehr häufig nicht oben auf der Agenda. Alle diese Verflechtungen und Interessen müssten daher offengelegt werden, damit die Vertreibung der Rohingya aus Myanmar nicht mehr nur auf einen religiösen Konflikt zwischen Buddhist*innen und Muslim*innen reduziert werden kann.

Was kann die Regierung Bangladeschs konkret machen?

Guhathakurta: Die Regierung sollte eine klare Strategie formulieren und eine langfristige Perspektive schaffen, denn es ist offensichtlich, dass die Geflüchteten auf absehbare Zeit nicht nach Myanmar zurückkehren werden. Die Entwicklung eines Fünfjahresplans wäre eine Option. Die Regierung könnte zudem ihre diplomatischen Bemühungen verstärken. Transnationale Partnerschaften zur Lösung des Konflikts sind wichtig für Bangladesch. Und es darf nicht vergessen werden, die lokalen Gemeinschaften zu hören und deren Interessen zu berücksichtigen.

Frau Guhathakurta, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Sven Wagner in Dhaka.



Foto: Sven Wagner

Mit Stacheldraht gesichert und von Wachttürmen aus kontrolliert: Die Lebensmittelvorräte in einem Abschnitt des Kutupalong-Lagers. Koordiniert werden die Essensausgaben unter anderem vom Ernährungsprogramm der Vereinten Nationen. Daneben sind Hunderte andere NGOs tätig und bieten den Bewohnern Unterstützung.

Die ewige Flucht

Was die Vertriebung aus Myanmar bedeuten kann

Text und Fotos: Sven Wagner

Im Südosten Bangladeschs befindet sich das größte Lager für geflüchtete Menschen weltweit. Dort leben Rohingya, die zu Hunderttausenden gewaltsam aus ihrer Heimat Myanmar vertrieben wurden. Sie haben Schreckliches erlebt – und niemand weiß bis heute, wo sie zukünftig leben sollen.

Wenn Soleima Khatun abends vor ihrer Hütte sitzt und die Augen schließt, kann sie noch immer hören, wie die Gewehrkugeln an ihr vorbeizischen. Sie sieht die Rauchschwaden von den brennenden Strohdächern und verkohlten Reisfeldern ihres Heimatdorfes aufsteigen. Dann beginnt sie in Gedanken erneut loszurennen: an den Bambushäuschen der Nachbarn vorbei auf einen dicht bewachsenen Pfad tief hinein in den Dschungel – Hauptsache irgendwie raus aus der kleinen Siedlung Donsong im Westen Myanmars. So schnell ihre Füße die 50-Jährige tragen.

Hunderttausende gewaltsam vertrieben

Wo es hingehen soll, ist in diesem Moment weder ihr noch den anderen Dorfbewohner*innen klar, die panikartig die Flucht ergreifen – mit nichts als ihren Kleidern am Leib. Khatun weiß nicht einmal, was in jener Nacht geschieht, wer die Bewaffneten sind und warum plötzlich Helikopter über dieser abgelegenen Gegend auftauchen. Das Einzige, was ihr in diesem Moment klar ist: Ihr Dorf wird angegriffen. Menschen werden erschossen. Und wenn sie jetzt nicht den anderen Flüchtenden

den hinterherrennt, droht auch ihr großes Unheil.

Zweieinhalb Jahre ist das nun her. Soleima Khatun hat ihr Land verloren, ihre Identität, ihre Freiheit. Inzwischen weiß sie: Der Angriff auf ihr Dorf war eine von mehreren Aktionen, mit der Myanmars Militär, paramilitärische Gruppen und mutmaßliche Helfer*innen aus der Lokalbevölkerung in Rakhine in kurzer Zeit massenhaft Menschen vertrieben, gepeinigt und getötet haben. Die Opfer: allesamt Angehörige der muslimischen Minderheit der Rohingya, die seit Generationen dort lebt. So wie Soleima Khatun und ihre Familie.

Ihre Flucht endete schließlich in Kutupalong im Südosten Bangladeschs – dem derzeit womöglich größten Lagerkomplex für geflüchtete Menschen weltweit. 860.000 Menschen leben Angaben der Vereinten Nationen zufolge hier. Inoffiziellen Schätzungen von Nichtregierungsorganisationen zufolge sind es längst über eine Million.

Soleima Khatun sitzt auf dem Lehm Boden ihrer Behausung im Herzen des Kutupalong-Lagers. Die Unterkunft ist aus einem Bambusgestell gefertigt, die Wände bestehen aus Planen und Plastiksäcken. Auf einer Fläche von drei mal fünf Metern le-

ben, kochen und schlafen ihr Sohn, dessen Frau und der Enkel hier zusammen mit ihr. Ihre Behausung, so schlicht sie wirkt, ist noch eine der besten Varianten im Camp. Als die Menschen 2017 hier ankamen, hatten viele überhaupt keinen Schutz und harreten wochenlang unter dünnen Plastikfolien im Morast aus, nur notdürftig vor dem Monsunregen geschützt.

Schweres Trauma

„Wir sind sechs Tage lang im Dschungel umhergeirrt“, sagt Kathun leise und hält dabei ihre Hand vor den Mund, als habe sie Scheu, das Erlebte auszusprechen. Die 50-Jährige wirkt ausgezehrt und wesentlich älter, als sie ist. Die Flucht und das Leben im Lager haben bei vielen Menschen zu schweren Traumata geführt.

Es war der 25. August 2017, als das Militär in den Dörfern zuschlug – offiziell eine Vergeltungsaktion für die vorangegangenen Angriffe von Rohingya-Separatisten auf myanmarische Soldaten, bei denen ein Dutzend Menschen ums Leben kamen. Internationale Beobachter*innen sprechen hingegen von gezielter Vertreibung bis hin zu Völkermord des Militärs. Und ebenso berichten Augenzeugen, die heute in Kutupalong leben, von wahllosen und brutalen Angriffen auf völlig unbeteiligte Menschen. Soleima Khatuns Nachbar*innen



Soleima Kathun mit ihrem Enkel Abir. Beide und Abirs Eltern teilen sich eine kleine, karge Behausung im Kutupalong-Camp. Und sie warten darauf, zu erfahren, wie es mit ihnen weitergeht - inzwischen seit drei Jahren.

im Camp erzählen ähnliche Geschichten: Rahima Khatun, 40, musste mit ansehen, wie zwei ihrer Brüder erschossen wurden. Die Angreifer hätten zudem wahllos Feuer gelegt und Menschen in ihren Hütten verbrannt. Die 60-jährige Anowara Begum berichtet von Folter und Vergewaltigungen in ihrem Dorf. Und der Farmer Tanda Mia schildert mit einer Mischung aus Trauer und Wut, wie er sein ganzes Land und Vieh zurücklassen musste. „Auf der Flucht haben wir Wasser aus Quellen im Wald getrunken. Wir haben kaum geschlafen“, erinnert sich Soleima Khatun. An Essen war nicht zu denken. Viele haben unterwegs die Rinde von Bananenbäumen aufgebrochen, um an das zumindest etwas nahrhafte Mark im Inneren zu kommen. Denn Früchte trugen die Bäume derzeit nicht.

Das Wenige, was sie besaß, musste Khatun zurücklassen: Kleidung, Nahrungsvorräte, aber auch ihren Ausweis. Ohne ihn gilt sie nun als staatenlos. Zurück nach Myanmar könnte sie nicht einmal theoretisch. Und so, wie es die 50-Jährige beschreibt, geht es vielen in den Camps: Offizielle Dokumente – auch Landbesitzurkunden – sind verloren.

Der Glaube als Ursache des Konflikts?

Mohammed Hossein, ein hagerer Mann mit Kinnbart und der muslimischen Tupi-Kopfbedeckung ist ein Gemeindevorsteher der Rohingya, ein gebildeter und angesehener Mann, der früher in Myanmar Kommunalpolitiker war. Bis auch er vertrieben wurde. Im Camp fungiert

der 55-Jährige als Mittler zwischen den Geflüchteten und allen, die helfen: Vertreter*innen von Nichtregierungsorganisationen, UN-Mitarbeiter*innen und Regierungsbeamte*innen. Vom Modina-Hügel aus, der höchsten Erhebung in Kutupalong, kann man an klaren Tagen die Berge erkennen, über die die Grenze zu Myanmar verläuft. Hier steht Hossein und überblickt das riesige Lager, das auf 35 Quadratkilometern in unwegsames Hügel-land gebaut ist. Es gibt Straßen, Krankenlager, Kindergärten und eine Feuerstation, Fußballfelder, kleine Teiche und Märkte, auf denen Obst, Gemüse, Seife und Kleidung getauscht und gehandelt werden. Die gesamte Infrastruktur wurde von Hand geschaffen. Anfangs vor allem durch die lokale Bevölkerung, die als erste in der Not half. Das Ganze kann je-

Kinder in „Sektor 4“ des Rohingya-Camps in Kutupalong. Viele Familien leben seit Jahren hier, ohne zu wissen, ob es irgendwann wieder einen Weg in ihre Heimat geben wird.



doch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Dasein hier karg und entbehrungsreich ist. Die Menschen leben auf engstem Raum zusammen, bekommen nur fest rationierte Lebensmittel und können das Camp in der Regel nicht verlassen – das war schon so, bevor die Einrichtung im März 2020 Corona-bedingt abgeriegelt wurde. Zudem leben die Menschen in völliger Ungewissheit darüber, was mit ihnen passieren wird. Hier leben heißt vor allem eins: warten.

Vertrauen schaffen

„Wir konnten uns in unserem Heimatland nicht frei bewegen, brauchten Genehmigungen von Behörden, wenn wir einkaufen oder zu Verwandten reisen woll-



ten“, schildert Hossein. Er versteht sich als Bürger Myanmars. Doch für Rohingya, sagt er, haben immer andere Regeln gegolten. Genehmigungen seien auch nötig gewesen, um einfachste Dinge einzukaufen. „Und das oft von bis zu drei verschiedenen Behörden“, sagt der Gemeindevorsteher. Steuern für Ländereien – vergleichbar mit der Grundsteuer – hätten für Rohingya bei 25 Prozent gelegen. Das sei ein Vielfaches von dem, was andere Bürger zahlen mussten. Hossein nennt Beispiel um Beispiel. Als die Regierung ab 2012 systematisch Moscheen in der Region geschlossen habe, sei die Situation immer schlimmer geworden. Rohingya-Haushalte mussten irgendwann Buch führen: Alle Besitztümer, jede Ziege, jeder Kochtopf, sollten gelistet werden. Wollte eine Familie etwas Neues anschaffen, musste das begründet und genehmigt werden.

Was Hossein erklärt, klingt nach systematischer Benachteiligung und Unterdrückung. Es ist zwar sehr schwer nachzuprüfen, was genau in Myanmar passiert ist, aber der Mann spricht stellvertretend für sehr viele hier im Camp, die nach eigenen Angaben die Repressalien erleiden mussten. Und auch internationale Beobachter*innen sehen hinreichend Hinweise für die gezielte Unterdrückung der Rohingya bis hin zu den Gewaltakten durch das Militär. In der Folge hat schließlich sogar der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag Ende 2019 umfangreiche Ermittlungen wegen der Verfolgung der muslimischen Minderheit autorisiert. Myanmars Regierungschefin Aung San Suu Kyi gab daraufhin Ende Dezember 2019 in den Niederlanden eine Stellungnahme ab, widersprach aber dem

Vorwurf der gezielten Verbrechen. Allerdings stellte auch der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Myanmar, Yanghee Lee, vergangenes Jahr fest, dass die Aktionen gegen die Rohingya Merkmale eines Völkermordes aufwiesen.

So werden auf der internationalen Bühne also nur langsam die Bedingungen für eine umfassende Aufklärung entwickelt. Deshalb winkt wohl auch Soleima Khatun in Kutupalong ab, wenn es um das große Ganze geht. Die persönlichen Erinnerungen, die sie belasten, sind viel größer. Bei ihrer Flucht wurde sie von ihrem Mann Sheir getrennt, sagt sie. Seitdem gilt er als verschollen. Khatun hat telefoniert, Verwandte in Myanmar gefragt, wo ihr Mann ist – doch schon bald gab es niemanden mehr im Dorf, den sie kontaktieren konnte.

Und so wartet die Frau weiter jeden Tag. Sie sagt, sie habe hier zumindest etwas zu essen und müsse nicht hungern. Doch gut geht es ihr offensichtlich nicht. Die Flucht scheint nie aufzuhören. Wie die vielen anderen Menschen hier, weiß Soleima nicht, was die Zukunft bringen wird. Nur eins ist für sie sicher: „Wenn ich sterbe, möchte ich in Myanmar begraben werden.“

Das sei ihr einziger Wunsch.



Der Autor arbeitet als Journalist und Fotograf.

Heimatlänge, fernab von zuhause

Über die musikalische Tradition der Rohingya im Exil

Im Oktober 2018 reisten Vertreter von „Music in Exile“ nach Bangladesch, interviewten Rohingya-Musiker*innen, die vor der Gewalt in Myanmar geflohen sind, und nahmen ihre Lieder auf. Ziel war es, die kulturellen und musikalischen Traditionen der Rohingya zu bewahren, die bisher kaum dokumentiert sind. Die mediale Aufmerksamkeit konzentriert sich fast ausschließlich auf Berichte über Gräueltaten, mit denen die Geflüchteten konfrontiert waren - nicht auf ihre Kultur und Erinnerungen. So bleibt ein wesentlicher Teil ihrer Geschichte, wie die reiche musikalische Tradition, unsichtbar. Beliebte Instrumente sind eine achtsaitige Mandoline, das Harmonium sowie Trommeln und Schlaginstrumente. Die Liedtexte geben einen Einblick in ihre Geschichte und Wege, mit Schmerz und Konflikt umzugehen.

Die Multimedia-Journalistin Sasha Ingber schreibt und veröffentlicht Interviews, Fotos, Filme und Artikel über die von „Music in Exile“ vorgestellten Musiker*innen. Sie hat die folgenden beiden Berichte aus Bangladesch über Formin und Din Islam protokolliert, die im Zuge der Recherche von „Music in Exile“ 2018 in Zusammenarbeit mit dem Pulitzer Center on Crisis Reporting entstanden sind. Ihren Antrieb begründet Sasha Ingber mit ihrer Familiengeschichte: Der Großvater spielte Geige, wollte in den 1930er-Jahren in Deutschland Opersänger werden, wurde aber seiner Staatsbürgerschaft beraubt und in Konzentrationslagern gefangen gehalten. Dort sang er, um sich Hoffnung zu bewahren.

Aufnahmen dazu sind online frei zugänglich unter: [soundclud.com/musicinexile](https://soundcloud.com/musicinexile)

Archivfoto: Sven Wagner



„Music in Exile“

ist ein gemeinnütziger Verein, der Lieder und Geschichten von Vertriebenen dokumentiert. So soll immaterielles Kulturerbe von Gemeinschaften bewahrt werden, das durch Krieg, Gewalt und Instabilität unwiederbringlich beschädigt wird. Zugleich werden geflüchtete Menschen als Individuen sichtbar gemacht. Dafür besuchen die Mitglieder des Vereins mit Audioausrüstungen, Kameras und Notizbüchern die Camps, in denen geflüchtete Menschen leben.

Harmonium, Tabla und Einsaiter sind beliebte Instrumente - in Bangladesch wie in Myanmar.

Formin

Formin schaute aus dem Fenster ihres Schlafzimmers. Ihr Blick traf auf die Augen eines Manns in Uniform. Dann schoss der Soldat durch die Scheibe und sie fiel wieder auf ihr Bett. Das ist die Erinnerung, die Formin zu jenem Tag im August 2017 teilt, als die staatlichen Sicherheitskräfte in Myanmar begannen, religiöse Minderheiten anzugreifen, Rohingya zu töten und zu vergewaltigen und Dörfer, einschließlich dem von Formin, niederzubrennen. Sie verließ Myanmar mit einer Rohingya-Familie, die sie während ihres Besuchs einer Sekundarschule aufgenommen hatte. „Wenn die Soldaten schlafen“, sagt sie, „gehen wir.“ Bei jedem Schritt fragte sie sich, wann sie ihre Familie wiedersehen würde.

Formin stammt aus einer großen Familie mit überwiegend weiblichen Verwandten. Sie ist die zweitälteste von sechs Schwestern und einem Bruder. Ihr Vater, der in der Landarbeit tätig war, drängte

Formin und ihre ältere Schwester, eine Ausbildung zu machen. Seine eigenen Eltern hatten ihn gezwungen, zu arbeiten, um seinen jüngeren Bruder zu unterstützen. Deshalb lebte sie getrennt von ihrer Familie.

Ihr Dorf Hlaing Thi hatte keine Schule, die Formin hätte besuchen können. Etwa vier Wochen nach ihrer Ankunft im Süden Bangladeschs, wo Tausende von Rohingya mit dem Bau von provisorischen Häusern in den Hügeln und Tälern begonnen hatten, konnte sich Formin mit ihrer Familie wiedervereinigen.

Sie besucht jetzt eine Universität, die weit vom Bambushaus ihrer Eltern in Cox's Bazar entfernt ist. Dort will Formin Jura studieren und Frauen zur Ausbildung ermutigen. Ihre ältere Schwester Nur Jahan schloss sich nicht an, sie wurde unter Druck gesetzt, einen Mitgeflüchteten im Camp zu heiraten. Eine ihrer Lieblingssängerinnen ist eine Rohingya-Frau namens Setara. Sie wurde berühmt, weil sie Lieder über Bildung und Familienplanung sang, um Kindern Chancen zu eröffnen. Einige Rohingya hielten Setaras Gesang für beschämend, aber Formin glaubte, dass Frauen auch Sängerinnen werden sollten.

Damals in Myanmar, sagt Formin, habe sie mit Nur Jahan heimlich Musik gehört. Sie saßen auf Formins Bett und nutzten das gemeinsame Handy der Familie. Ihr Vater hatte nichts gegen ihr Hobby, aber ihre Mutter hätte sie geschlagen, wenn sie es herausgefunden hätte, sagt Formin. In Bangladesch hat Formin begonnen, Klavier zu üben, eine Kommilitonin ist ihre Lehrerin. Sie sagt auf Englisch, dass Musik für alle Rohingya wichtig ist. „Musik ist eine starke Plattform, um das Bewusstsein für Bildung zu schärfen.“



Din Islam

Sein Vater konnte nicht mithalten. Die Familie lief, und er war alt und langsam. Eine Kugel segelte durch die Luft und traf ihn, sagt Din. Sie konnten ihn nicht tragen oder warten. Nachdem sie kurz in ihr Dorf in Myanmar Gemeinde Rathidaung zurückgekehrt waren, fand die Familie Abdus Salam. Er war seinen Wunden erlegen, sagt Din. Bis zu dem Tag im August 2017, als Sicherheitskräfte ihr Dorf überfallen hatten, war Din wie sein Vater Fischer und Landwirt gewesen. „Die Burmesen haben uns Arakan weggenommen“, sagt er und verwendet dabei den alten Namen für die umkämpfte Region, in dem Rohingya seit Generationen leben. In Kutupalong, dem größten Flüchtlingscamp Bangladeschs, ist alles verschwunden, was Dins altes Leben ausgemacht hat: sein Vater, das Wasser, das Land, ihre Kühe und sogar Dins Mandoline, die mit etwa 250 Menschen verbrannte, die zu alt waren, um zu fliehen. Din sagt, dass es im Camp nicht viel zu tun gibt, weil es den Geflüchteten nicht erlaubt ist, zu fischen. „Wir sitzen hier fest“, sagt er. So sparte sich Din, der inzwischen 25 Jahre alt ist, genug Geld zusammen, um eine Mandoline von einem Mann zu kaufen, der nur wenige Gehminuten von seiner Unterkunft entfernt lebt. Dieser hatte das Instrument aus Myanmar mitgebracht, sagt Din. Er kaufte die Mandoline für etwa 3.000 Taka (ca. 30 Euro).

Ein Nachbar namens Ali Akbar bringt ihm neue Lieder bei. Din lernt, wie man traditionelle Taranas singt, gedichtähnliche Lieder, die einen anderen Ton treffen als die fröhlichen Lieder, die er vor dem Angriff gelernt hat. „Im Moment singe ich diese Lieder, weil sie die Geschichte unseres Leidens erzählen“, sagt er. „Etwas anderes zu singen, fühlt sich nicht richtig an.“ Er singt ein Lied, das er „Rohingya People Of Arakan“ nennt; ein Lied über fast acht Jahrzehnte der Unterdrückung. Er hat es nach seiner Ankunft im Flüchtlingslager geschrieben. „Sie wollen uns aus unserem Land vertreiben“, sagt er, als er fertig ist. Din sagt, er hat Glück, dass seine Nachbarn im Lager Bekannte aus seinem Dorf in Myanmar sind. Sie lassen ihn in seiner Unterkunft Musik spielen. Wie die Nachbarn haben auch Din, seine Frau und ihre drei Kinder einen kleinen, fensterlosen Unterstand aus Bambus, Schnüren und Planen. Er sitzt auf dem Boden oder auf einem kleinen Hocker, um seine Mandoline zu spielen.

Er würde nach Myanmar zurückkehren, wenn die Regierung die Rechte und das Eigentum der Rohingya anerkennen würde, sagt er. Auch die internationale Gemeinschaft muss unterstützen, fügt Din hinzu.



Weitgereister Dichter und Brückenbauer

Trauer um Alokerañjan Dasgupta

Text: Max Stille

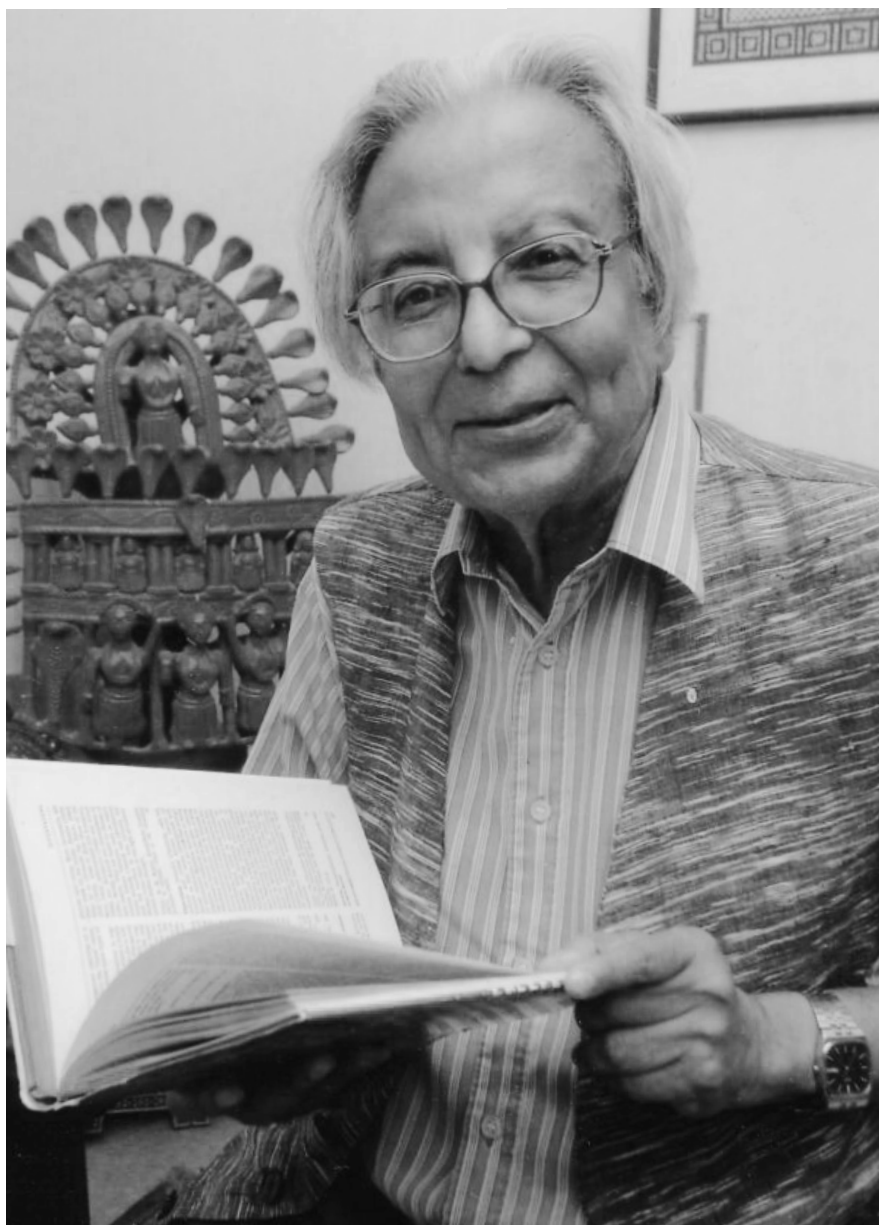
Foto: Draupadi Verlag

Am 17. November 2020 ist Alokerañjan Dasgupta - ein großer Dichter, Übersetzer und Brückenbauer zwischen Indien und Deutschland - von uns gegangen. Ein Nachruf.

In seiner Geburtsstadt Kalkutta wurde Dasgupta in den 1950er-Jahren bereits als junger Dichter bekannt und war Teil des kulturellen Aufbruchs in Theater, Dichtung und Film. Neben seinem wachsenden Ruhm als ein für die bengalische Gegenwartsliteratur prägender Dichter, übersetzte Dasgupta unter anderem Goethe, Hölderlin, Heine und Brecht ins Bengalische und inszenierte 1963 eine eigene bengalische Fassung von Antigone.

Zunächst Professor für vergleichende Literaturwissenschaft in Kalkutta, lehrte und forschte Dasgupta seit 1971 in Heidelberg zu Themen wie Goethe und Tagore, der politischen Rolle moderner indischer Lyrik und der Hermeneutik von Übersetzungen. Bis zu seinem Lebensende bleibt Dasgupta ein fruchtbarer Autor von Lyrik, Essays und Zeitungsbeiträgen auf Bengalisch, Deutsch und Englisch.

Durch seine vielen Reisen, seine inspirierende Persönlichkeit und Gastfreundschaft in beiden Ländern war Alokerañjan Dasgupta für viele Menschen ein Magnet und baute Verbindungen. Der NETZ-Zeitschrift wünschte er einen „guten Flug“ unter Nutzung



Alokerañjan Dasgupta (06.10.1933 – 17.11.2020).

auch ihres „kulturellen Flügels“; zuletzt übersetzten wir gemeinsam Gedichte für die NETZ-Zeitschriftenausgabe 1/2018. Im Andenken an einen Menschen, der in den Herzen seiner Bewunde-

rer, Schüler und Freunde noch lange weiterleben wird, veröffentlichten wir hier zwei 2006 erschienene Gedichte aus der Feder Alokerañjan Dasguptas (Übersetzung Max Stille).

Winters Bedingung

হিম শর্ত

*Mancher toter Sterne Glanz
strahlt mit tiefer Kraft
noch die Vibrationen ihres Nachklangs
übertönen die Lebenden;*

*Um sie zu fassen und zu halten
umschleiche ich allen Tag
die Sternwarte, immer hin und her,
besonders in eiskalter Mitternacht.*

*Erinnerungen fließen, ein Schaum
ganz vorne am Ambrosiabaum
während sie der Ferne
entgegenstreben rufen sie „Uns*

*Zu solcher Zeit setzt ein Stern an
sagt: „Na klar kann ich mich von Dir
fangen lassen, doch zuvor
wirf‘ dies fragile Bündel ab*

*schaue nicht, hör‘ bloß.“
Da sah ich in der großen Weite
sind sie an jeder äuß‘ren Seite
nicht mehr als ein Zuckerkorn!*

und werde Du zum Körperlosen.“

Sonnen fischen

সূর্য ধরার জাল

*Heute hab ich einzig Sonnen gesammelt
die sich spiegeln im Wasser des Teichs
am Armageddon werde ich sie gebrauchen.*

*Arun sagte, in ein paar Minuten ist ein
Meeting des Unterkomitees, und vom Tutorium
her kommt Rubi angerannt: die Schwester ist krank.*

*Weil ich auf ihren Ruf
kein bisschen reagierte, bin ich überall verschrien
niemand verstand: Für uns alle bin ich eingespannt.*

Da sind noch

ein paar zurückgezogene Sonnen am Wasserrand, ich werfe weiter mein Netz.

Nachrichten aus Bangladesch

Das Land während der Pandemie

Die COVID-19-Pandemie ist seit März 2020 bestimmender Faktor in Bangladesch. Von März bis Ende Mai befand sich das Land im Lock-Down mit weitreichenden Ausgangsbeschränkungen und der Schließung von Produktionsstätten. Seit Juni wurden sukzessive Lockerungen eingeführt. Die staatlichen Schulen des Landes bleiben seit Mitte März bis dato geschlossen. Internationale Migrant*innen sind ebenso in ihre Heimat zurückgekehrt wie Menschen, die im informellen Sektor in den Städten arbeiteten und nun von einem Tag auf den anderen ihre Arbeit verloren.

Die Folgen der Pandemie treffen Menschen, die in extremer Armut leben und unter Marginalisierung leiden, besonders hart. Kinder aus in die Armut gedrängten Familien sind von Kinderarbeit betroffen und müssen das Ende ihrer Schullaufbahn befürchten. Eine von NETZ im Juli 2020 durchgeführte Umfrage unter den Teilnehmer*innen ihres Programms zur Überwindung extremer Armut in Nord-Bangladesch und in Westbengalen in Indien zeigt, dass die Folgen der Pandemie zum Ausfall dringend benötigter Arbeitsmöglichkeiten und zu massiven Verdienstauffällen führten.

Über 90% der Befragten konnten in Folge der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung weniger und nährstoffärmere Nahrung zu sich

nehmen als vor der Pandemie. Zum Kauf von Lebensmitteln mussten über die Hälfte der Befragten Kredite aufnehmen; einige haben damit begonnen ihr Hab und Gut oder ihre Arbeitskraft im Voraus (zu niedrigen Preisen) zu verkaufen. Nur gut ein Drittel der Programm-Teilnehmer*innen in Bangladesch hatte Zugang zu staatlichen Hilfen. 75% derjenigen, die Hilfe erhielten, bekamen zudem nur unter 10 kg Reis. Die staatliche Lebensmittelhilfen in Bangladesch reichten einem überwiegenden Großteil der Befragten (73%) nur für bis zu 10 Tagen.

Alle Teilnehmer*innen in allen NETZ-Projekten erhielten während der Pandemie Unterstützung von NETZ und seinen Partnern in Form von Lebensmittelpaketen, die für den Großteil der Empfänger zwischen 21 und 60 Tagen reichten.

In Bangladesch waren die Maßnahmen der Regierung im Umgang mit der Corona-Pandemie ein wichtiges tagespolitisches Thema. Diskutiert werden die medizinische Dimension der Pandemie wie auch die Auswirkungen auf Lebenshaltung und Ernährungssicherung. Berichten zufolge reagierte die Regierung Bangladeschs auf externe Bewertungen über ihr Krisenmanagement überaus sensibel. So jedenfalls ordnen Berichtersteller*innen ein, dass mindestens 100 Akteur*innen der Zivilgesellschaft seit Beginn des nationalen Lock-Downs straf- oder arbeitsrechtlich belangt worden seien. Journalist*innen, Blogger*innen,

Karikaturist*innen wurden festgenommen und Ärzt*innen und Wissenschaftler*innen wurden suspendiert.

Im Sommer kam es in Bangladesch zu ungewöhnlich frühen Überschwemmungen, die in mehreren Wellen über einen Monat teilweise große Teile des Landes unter Wasser setzten. Obgleich Bangladesch gute Frühwarnsysteme hat und die Menschen in den betroffenen Gebieten Vorsorge betreiben, war es mit Corona doppelt schwer, ausreichende Schutzräume zu bieten. Und die Zerstörungen durch die von der Klimakrise verschärfte Überschwemmungen sind bisher noch nicht wiederhergestellt.

Zusammengestellt von Max Stille.

Abschied und Neubeginn

NETZ mit neuer Geschäftsführung

Foto: Louise Sellmair



Die neuen NETZ-Geschäftsführer Niko Richter (links) und Max Stille

Die Vision von NETZ, in einer ungerechten Welt konsequent für Menschlichkeit einzustehen, hat Peter Dietzel, Gründungsmitglied und langjähriger Geschäftsführer, wesentlich geprägt und vorgelebt. Bei Besuchen unserer Projekte und Partner in Bangladesch und Indien im Januar und Februar wurde Peter herzlich verabschiedet und die neue Geschäftsführung mit Max Stille und Niko Richter begrüßt. Zur offiziellen Staffelübergabe am 1. März kamen in Wetzlar das NETZ-Team, Gäste aus der Region, langjährige Wegbegleiter*innen und

Vertreter*innen aus der Politik, von der Stadt Wetzlar bis zur Botschaft Bangladeschs in Deutschland, zusammen.

Die neue Geschäftsführung kennt NETZ und Bangladesch schon lange. Vor über 15 Jahren arbeiteten Max Stille und Niko Richter beide als NETZ-Freiwillige in Bangladesch. Sie erlebten aus erster Hand die Auswirkungen bestehender Machtverhältnisse auf die Schwächsten ebenso wie die inspirierenden Menschen, die mit Mut und Kreativität sozialen Wandel leben.

Max Stille blieb auch nach sei-

seit 2013 Verantwortung in der Geschäftsführung.

Die neue Geschäftsführung möchte die enge Partnerschaft mit Bangladesch und Indien weiter mit Leben füllen. „Unser Einsatz für die Menschen, die die aktuellen globalen Krisen am härtesten treffen, sind wichtiger denn je“, so Max. „Und dazu macht es enormen Spaß, gemeinsam für selbstbestimmte Entwicklung zu arbeiten. Wir freuen uns sehr darauf, mit den vielen tollen Menschen bei NETZ ganz konkret für eine gerechtere Welt zu streiten.“

*„In all den Jahren war Peter an unserer Seite, hat uns mit Fachwissen, Ideen und Ratschlägen, aber vor allem mit seiner Sympathie, Freundschaft und seinem unglaublichen Engagement unterstützt. Sein einfühlsames Zuhören bar jeder persönlichen Eitelkeit und fern jeder Herausstellung von Funktion und Position wurde völlig zu Recht auf seiner Verabschiedung in Dhaka von Partnern und Mitarbeiter*innen besonders hervorgehoben. Dankbarkeit reicht nicht aus, um unsere Gedanken und Gefühle auszudrücken. So viele Bäume hat Peter gepflanzt und ihnen Liebe und Wasser gegeben, und ich bin sicher, dass er nach dieser langen Zeit nun die Möglichkeit hat, in ihrem Schatten zu sitzen und zu reflektieren. Peter hat beschlossen, dass es an der Zeit ist, seine Tasche zu packen und sich in Zukunft ganz auf das Thema Konflikttransformation zu konzentrieren. Wir wünschen ihm dafür alles erdenkliche Gute!“*

Manfred Krüger, NETZ-Vorsitzender, am 1. März 2020



Foto: Kai Fritze

Der langjährige NETZ-Geschäftsführer Peter Dietzel.

„Ein Freiwilligendienst, der über Deutschland weit hinausgeht“

Junge Ehrenamtliche aus Deutschland und Bangladesch stellen sich vor

Text und Fotos: NETZ

Was kommt nach der Schule? Dem Studium? Somp Rani war die Erste, die aus dem ländlichen Dinajpur in Bangladesch für ein Jahr nach Deutschland kam, um in Wetzlar 2019 einen Süd-Nord-Freiwilligendienst zu leisten. Anna Cijevski, Marie Luise Fischer und Louise Sellmair haben sich ebenso für einen Bundesfreiwilligendienst (BFD) im NETZ-Büro in Wetzlar entschieden.

Die Freiwilligen unterstützen das Team von NETZ in Wetzlar und arbeiten in der entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit mit. Zum Beispiel bereiten sie Bildungsveranstaltungen an Schulen vor und begleiten diese, sie pflegen den Social-Media-Auftritt und erarbeiten ihr ganz persönliches Freiwilligendienst-Projekt.

Louise Sellmair



... aus Freising hat im September 2020 einen Bundesfreiwilligendienst bei NETZ begonnen. In ihrer Heimat engagierte sie sich zuvor für die Fridays-for-Future-Bewegung. „Besonders Bildung für Mädchen, das Bestärken von Frauen und die Durchsetzung von Menschenrechten sind für mich Herzensangelegenheiten, da ich überzeugt bin, dass diese Ziele das Fundament einer gerechten Gesellschaft bilden“, sagt sie. Louise plant ein Freiwilligenprojekt, das zum Anfang ihres Einsatzjahres bei NETZ gerade Gestalt annimmt.

Somp Rani



... aus Dinajpur war 2019 die erste Süd-Nord-Freiwillige bei NETZ. In ihrer Heimat Bangladesch ist sie gemeinsam mit der NETZ-Partnerorganisation Pollisree gegen Kinder-Ehen aktiv. „Ich habe bei der Eröffnung einer Ausstellung geholfen. Mit anderen Gästen habe ich an der Bangladesch-Konferenz zum Thema Frauenrechte teilgenommen. Zudem habe ich in Deutschland Schulen besucht und über die Textilindustrie in Bangladesch gesprochen“, erinnert sich Somp Rani. Als Freiwilligenprojekt hielt sie einen Vortrag zum Thema Klimawandel am St. Ursula Gymnasium in Freiburg. In ihrem Freiwilligentagebuch berichtet sie über das Leben in Deutschland. www.bangladesch.org/engagement/freiwilligendienste/freiwilligen-tagebuch.html

Marie Luise Fischer

... aus Aßlar war von 2019 bis 2020 Freiwillige bei NETZ. Zuvor leistete sie einen Weltwärts-Freiwilligendienst in Ghana. An ihrem Gymnasium, der Goetheschule in Wetzlar, war sie vier Jahre lang in der Bangladesch-AG aktiv. Ihr Jahr bei NETZ war von besonderen Herausforderungen geprägt: „Durch COVID-19 saß ich im Home-Office, anstatt Bildungsveranstaltungen durchzuführen. Es brauchte eine Idee, um Schüler*innen zu erreichen, die ebenfalls zuhause saßen“, sagt sie. Maries Freiwilligenprojekt war es, digitales Bildungsmaterial zum Thema „Klima und Gerechtigkeit“ zusammenzustellen.



Anna Cijevschi



... aus Gießen war die erste Bundesfreiwillige bei NETZ, von 2018 bis 2019. Vor ihrem Dienst hat sie an der Justus-Liebig-Universität Gießen „Sprache, Literatur, Kultur“ studiert. „Nach dem Studium wollte ich gerne noch mehr mit verschiedenen Ländern in Verbindung kommen und von ihnen lernen. Vor allem durch die Zusammenarbeit mit der Süd-Nord-Freiwilligen hatte ich das Gefühl, einen Freiwilligendienst zu leisten, der über Deutschland weit hinausgeht“, sagt Anna. Als Freiwilligenprojekt erstellte sie Bildungsmaterial zum Thema „Textilindustrie – Globale Chancen und Herausforderungen“ (siehe unten).

Neues Bildungsheft



Foto: Florian Albrecht

„Mein T-Shirt aus Bangladesch – was hat das mit mir zu tun?“ Das neue Bildungsheft zum Thema „Textilindustrie – globale Chancen und Herausforderungen“ ist da. Das Material thematisiert globale Verflechtungen, Schattenseiten und gelebte Visionen einer fairen Mode und regt dazu an, die eigene Rolle in der Textilindustrie zu hinterfragen.

Das Bildungsheft richtet sich an Multiplikator*innen in der Bildungsarbeit sowie Lehrer*innen und bietet konkrete Ideen für

Workshops mit Kindern und Jugendlichen bis Sekundarstufe I. Die Methodensammlung liegt auf Deutsch und Englisch vor und eignet sich somit auch für bilinguale Veranstaltungen.

Das Heft mit Zusatzmaterial sowie das Bildungsheft zum Thema Klimawandel können kostenlos auf der NETZ-Webseite heruntergeladen oder gedruckt gegen eine Spende bestellt werden.

bangladesch.org/bildungsheft

NETZ-Mitgliederversammlung und Bangladesch-Tagung 2020

„In Zeiten der Pandemie ist es etwas Besonderes, dass wir hier zusammen kommen können“, sagte Shahidul Islam, Direktor im NETZ-Büro in Bangladesch, in seiner Videobotschaft zur Mitgliederversammlung von NETZ am 3. Oktober in der Jugendherberge Frankfurt, dieses Jahr unter besonderen Bedingungen. Die ca. 40 Teilnehmenden trugen Atemschutzmasken, die Stühle standen mit 1,5 m Abstand im Raum und Markierungen auf dem Boden gaben Laufrichtungen und Abstandsregelungen vor.

„Das Jahr 2020 war für uns alle weltweit herausfordernd“, so Shahidul weiter, „Ganz besonders aber für diejenigen, die bereits gegen Armut, Ungerechtigkeit und strukturelle Ausbeutung und Ausgrenzung ankämpfen müssen.“ Über die geleitete Pandemie-Nothilfe für 100.000 Menschen, die NETZ mit seinen Partnern in den Projekten „Ein Leben lang genug Reis“, „Menschenrechte“ und „Grundbil-



Foto: Kai Fritze

Der neu gewählte NETZ-Vorstand: Manfred Krüger (Vorsitz), Bernhard Höper und Juliane Rytz (Stellvertretender Vorsitz), Martina Herzog (Finanzvorstand), Dagmar Leboch, Dr. Kathrin Quellmalz und Ingo Ritz.

„dung“ leistete, berichteten Philipp Kappestein und Anastasia Rau. Dirk Saam, Leiter des politischen Dialogs, merkt allerdings an: „Die weiteren Einschränkungen der zivilgesellschaftlichen Freiräume sind keine unmittelbare Auswirkung der Pandemie, vielmehr wirkt diese als Brennglas für bestehende Konflikte“, so sein Fazit am Vormittag.

Die Teilnehmenden griffen zur Mitgliederversammlung noch einmal die Inhalte der Online-

Bangladesch-Tagung zum Thema Bildung im Mai auf. Sie fragten sich: Was müssen wir lernen? Was können wir an andere weitergeben, um im Angesicht der Corona-Pandemie und der Klimakrise positive Veränderungen bewirken zu können? Gemeinsam sammelten sie Vorschläge auf einem „Markt der Möglichkeiten“ und kamen ins Gespräch über entwicklungspolitische Tanztheater-Pädagogik, aktive Netzwerke, und Wegwerfmentalität.

Neue Mitarbeiterin



Foto: Florian Albrecht

Gwendolyn Bömeke verstärkt seit November 2020 das NETZ-Team in Wetzlar als Referentin für entwicklungspolitische Bildung. 2019 schloss sie den Masterstudiengang Empowerment Studies in Düsseldorf ab. Sie hat sich da-

bei mit Entwicklungstheorien sowie der Perspektivenvielfalt in der deutschen Entwicklungspolitik auseinandergesetzt. In der Bildungsarbeit sieht Gwendolyn eine Möglichkeit, auf globale Zusammenhänge und Machtstrukturen hinzuweisen. Für ihre Arbeit bei NETZ können dazu vielfältige Stimmen und Perspektiven aus Bangladesch einbezogen werden.

Wenn Sie eine NETZ-Referent*in für Ihre Veranstaltung einladen möchten oder Bildungsmaterial wünschen, ist Gwendolyn erreichbar: Tel. 06441-974630 oder boemeke@bangladesch.org.

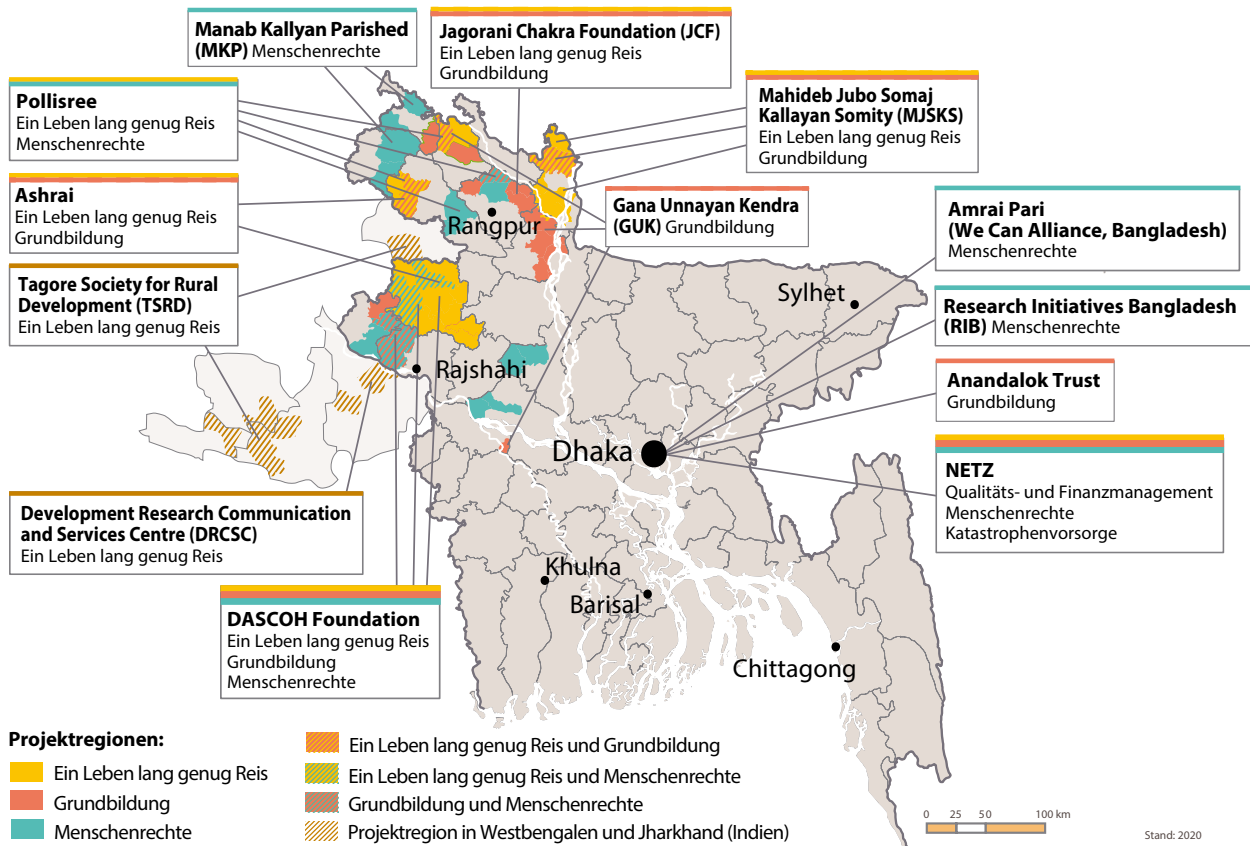
Nachruf



Foto: NETZ

Am 1. Dezember 2020 ist unser Kollege Pankaj Sen im Alter von 35 Jahren gestorben. Wir trauern mit seiner Familie und werden ihn als Kollegen im Finanzteam und Mensch auf immer vermissen.

NETZ und seine Partner



Partner und Projekte, die von NETZ unterstützt werden

NETZ und seine Partner arbeiten gemeinsam mit den Menschen. Hier setzen wir an:

In „**Ein Leben lang genug Reis**“ erarbeiten sich die ärmsten und am meisten benachteiligten Familien eine dauerhafte Lebensgrundlage. Sie erhalten Schulungen und Startkapital und erwirtschaften Einkommen für Nahrung, Gesundheitsvorsorge und die Bildung ihrer Kinder. Frauengruppen fordern ihre Rechte und politische Mitbestimmung ein und bauen langfristige Selbsthilfe-Strukturen auf.

Eine große Herausforderung sind die zerstörerischen Folgen des **Klimawandels**: Die Projekte sorgen vor angesichts immer häufi-

gerer Überschwemmungen und Dürren. Sie fördern das Wissen und die Umsetzung nachhaltiger und angepasster Anbauformen, die den gefährlichen Veränderungen standhalten. NETZ arbeitet regional vernetzt, mit Partnern auch in Indien und Nepal.

Menschenrechtsverteidiger*innen werden ausgebildet, um die Rechte von Frauen, Mädchen und indigenen Gruppen zu schützen. Sie verhindern häusliche Gewalt oder Landwegnahme. Gemeinsam vermitteln und transformieren sie Konflikte – und fordern gegenüber der Regierung eine gerechte Gesetzgebung.

Projekte für **Grundbildung** verwirklichen das Recht auf Bildung

von Kindern benachteiligter Familien. Mit eigenen Schulen in entlegenen Regionen und durch die Qualitätsförderung an staatlichen Schulen ermöglicht NETZ hochwertige Grundbildung für die Entrechteten. Regelmäßige Fortbildungen für Lehrkräfte, hohes Engagement der Lokalbevölkerung an den Schulstandorten und der Dialog mit Schulbehörden sind besonders wichtig.

Katastrophenvorsorge: NETZ und seine Partner erfahren früh und reagieren schnell. Zusammen mit der Lokalbevölkerung organisieren sie umgehend Soforthilfe beim Kampf gegen Hunger und Krankheiten nach einer Naturkatastrophe.



Foto: NETZ

Gewaltfrei gegen Unrecht

Gemeinsam mit Menschenrechtsorganisationen setzt sich NETZ in Bangladesch gewaltfrei gegen Unrecht und für Menschenwürde ein. Mädchen und Frauen sind besonders von Gewalt betroffen. Mit 41 Euro fördern Sie die Teilnahme eines Mädchens an einem Selbstverteidigungstraining.



Das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bestätigt, dass wir mit den uns anvertrauten Mitteln sorgfältig und verantwortungsvoll umgehen.